

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) in dieser Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Jerusalemer Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 145.

Freitag, den 23. Juni 1916.

23. Jahrg.

Europas tragisches Geschick.

Alle Herzen sind im tiefsten Innern erregt durch das furchtbare Toben der Waffen an allen Fronten — es sind wohl die Endkämpfe in diesem Weltkrieg, die Europa leider nicht erspart geblieben sind, weil alle Friedensversuche gescheitert sind. Wir stehen wohl vor dem Generalsturm, den die Entente uns ja schon lange angekündigt hat. Das Schicksal schreiet über den Erdteil und der Atem aller Lebenden stockt vor ihm wie beim Anblick des Medusenhauptes.

Schwer fällt es, das Herz niederzuzwingen, das Denken von den Schlachtbildern im Osten, Westen und Süden loszureißen und nutzbringender Betrachtung zuzuführen. Dennoch ist dieser Zwang heilsam.

Europa ist heldenhaft. Mit packender Wahrheit hat in der Schweizer Bundesvertretung ein Redner den Satz ausgesprochen, alle Völker hätten sich weder geschlagen und guten, dauernden Frieden redlich verdient. Zur Stunde, wo sich aller Nationen Heldenkraft zerstörend aneinander abmüht, geht dem Gedankenloseten ein Begriff davon auf, wach titanische Kraft in diesem bald kleinsten Teile der Erde aufgespeichert war. Sie abzumessen oder auszubedenken geht über unser Vermögen. Die Schlachten von Karakern und den Katalanischen Gefilden sind gegen das Ringen um Verdun oder Doberdo oder die Strapa ein Kinderspiel gewesen. Der Blutstrom dieser zwei Jahre hat die gesamte Ritterromantik des Mittelalters und alle Heldenlegenden des Altertums ersäuft, unsere militärische Vorgesichte verschrumpt ins Unbedeutende. Feuerstöße und Steinhagel des Doberdo, Gas- und Flammenschwaben und Geschloßregen von Verdun oder Czernowiz unterwerfen das Häuflein Warmblut, das sich Mensch nennt, einer grimmigeren Nerven- und Willensprobe als alle zwölf Versuchungen des Herkules zusammen. Und diese Verblüffung, die sonst eine Stednadel blutig ritzt und ein Müdenstich tötet, hält stand und lauert Sekunde für Sekunde, selbst aus dem stumpfen Weiden in die verzwegene Tat überzugehen!

Wer hätte geahnt, wessen der Europäer fähig ist! Welch kühnsten Unternehmen ist noch auszubedenken, das wir ihm nicht zumuten dürften! Und wie bitter, daß so viele Helden zu anderem Heldenwerk nicht mehr da sein werden!

Und diese Kunst der Organisation! Von unserer Nordsee wurde erzählt, daß es der Ruhm der Hauptlinge war, eine große Gefolgschaft wehrhafter Männer um sich zu sammeln. Die Gefolgschaften der Großen mochten in die Hunderte zählen — der abtandende Lear bedingt sich hundert Ritter aus. Die gesteigerte Lust immer größerer Staatswesen versammelt Heergefolge von mehreren Millionen Menschen! Die Sage der Vorfahren knüpft den Sieg an ein berühmtes Schlachttroß, ein wunderbares Schwert, eine geweihte Lanze. Die Wunder der Vorwelt hat die Wissenschaft überboten: jene alten Wunder werden kindische Märchen, die Wirklichkeit von heute aber wird zum unfaßbaren Wunder. Die quellklare Verstandesarbeit, die Wissenschaft, ist beinahe zur mythischen Gewalt, zum unenträtselbaren Dämon geworden. Niemand hat der Keil des Donnergottes solche Verheerungen angerichtet wie eines unserer Riesengeschosse. Menschen, Kinder der Scholle, tauchen in die Weltmeere und durchkreuzen sie unsichtbar, heben sich in Firtzhöhe und kreisen über Türmen und Burgen so sicher und rascher als der Adler! Das alte Wort, der Mensch vermöge seines Leibes Maß doch keine Meile hinzulegen, ist nun schätlich absurd geworden! Denn des Menschen Arm langt hoch über Bergeshöhen, indes sein Fuß über Meeresgründe dahinschwebt.

Der Mensch ist gewaltig. Er ist furchtbar geworden durch zwei Mittel: durch seine Geselligkeit und durch seine Wissenschaftlichkeit. Und inmitten des erschauernden Staunens der Schlachten überfällt uns der jähe Schmerz: Wie schade, daß so viel Gewalt sich selbst aufreibt und eine Welt in Schutt legt, statt eine neue Welt zu bauen! Du großes, du herrliches, du beweinenswertes Europa! Durch die Kunst der Gesellung bist du groß, durch die Gabe der Wissenschaft bist du gewaltig geworden und bist nun doch so elend, weil du ungesellig und unwissenschaftlich geblieben bist!

Freilich, wir haben Großstädte und Großstaaten, Regimenter und Armeen zu organisieren verstanden, in allem sind wir gesellig geworden, nur in unserem Wirtschaftsleben nicht! Ungesellig sondert sich Besitz von Besitz, Privatinteresse von Privatinteresse und die freie Konkurrenz, das Prinzip der Ungeselligkeit inmitten der Geselligkeit, zerreißt die Bürger der Staaten. Selbstsucht — Eigennutz — Eigentum, das sind die Springschrauben des wirtschaftlichen Wettstreites, des Handelsneides. Sie haben im Frieden der Gesellung widerstrebt — im Kriege hat uns die Not zusammengezwungen und ein Brot zu essen, vielleicht auch bald an einem Tisch zu speisen genötigt. Wie schade, daß wir uns nicht im Frieden, ohne Zwang, in Freiheit gesellig haben — gar manches wäre uns erspart!

Wirtschaftskampf und Handelsneid haben die Völker Europas in den Krieg verstrickt, der ja der höchste Ausdruck menschlicher Ungeselligkeit ist. Wie schade, daß Europa die stützigen Teile seines Bodens und die stützigen Kolonien

nicht zum gemeinsamen Gut aller Völker erklärt und seine Völker sich nicht gesellig haben, sie gemeinsam zu verwalten! Mit halber Latkraft und dem tausendsten Teil der Opfer hätte Europa dieses Gelände in einen gemeinsamen Nutz- und Lustgarten verwandeln können, an dem alleamt reich und froh würden. Wie schade, daß die hohe Kunst der Gesellung, die Europa so groß gemacht hat, an den Einrichtungen der Privat- und Weltwirtschaft gänzlich erlahmt ist! Nun gesellen feindliche Heere Tausend und aber Tausend Opfer aller Jungen in gemeinsamen Soldatengräbern — der Tod vereint, was das Leben zu vereinen versäumt hat.

Wir haben es verstanden, immer größer zu werden. Wir haben die Stadtstaaten zur Landeshoheit, die Länder zu Staaten, die Staaten zu Reichen zu vereinen gewußt — vor dem letzten Schritt, Europas Reiche zum europäischen Bunde zu vereinigen, hat die hohe Kunst der Gesellung uns auch auf politischem Gebiet verlassen. Und nun zahlen wir die Unterlassung so furchtbar teuer, bezahlen sie mit dem Blute der Gegenwart und erkaufen dafür nichts als vermehrten Völkerhaß. Europa ist auf halbem Wege gescheitert, weil es das Werk der Gesellung, der Sozialisierung, nicht zu Ende zu führen vermocht hat.

Der Geist der Wissenschaft hat Europa gewaltig gemacht — aber diese Wissenschaft blieb allezeit eine halbe: sie lehrte uns Naturdinge und Naturkräfte kennen und beherrschen, und darin haben wir es so entsehrlich weit gebracht, daß wir den ganzen Umkreis der Natur, alle Heerhöhen der Dämonen organisiert haben zu — unserer eigenen Vernichtung. Eine Wissenschaft nur blieb uns fremd: die Wissenschaft vom Menschen. Wie man die ver-

herrnde Spannung des Dampfes, wie man die blitztreuende Spannung entgegengesetzter Elektrizitäten mählich ausgleicht und im Ausgleich Arbeit zu leisten bestimmt — das wissen wir exakt, das handhaben wir beinahe ohne Fehlerquelle: die Naturtechnik haben wir inne. Aber wie man soziale, nationale, staatliche Spannungen in kulturellen Fortschritt umsetzt, die soziale Technik verschmähen wir zu erforschen, ja wir ahnen noch kaum, daß es etwas wie eine Wissenschaft des sozialen Lebens überhaupt geben könne! Unsere naturale Maschinerie ist ein wundervolles Uhrwerk, unsere soziale Maschinerie ist primitiv, so primitiv wie die Naturtechnik des Fetschhanbeters. Zur Not wissen wir schon, daß Prozeß und Urteil Unrecht jähnen und heilen kann — nur zur Not, denn wir haben dem „Gottesurteil“ des Zweikampfes noch nicht völlig entsagt. In den Beziehungen der Klassen, Völker und Staaten halten wir die soziale Maschine des Prozeßes und Schiedspruches noch immer für Hirngespinnst und Träumerei! Die Wissenschaft, welche alle Reiche der Natur im Triumph erobert hat, hat verzagt und hilflos vor der menschlichen Gesellschaft halt gemacht. In dieser Halbheit krankt Europa, an ihr verarmt und verblutet es vielleicht, wenn das Gottesurteil der Waffen zu spät entscheidet.

Wenn nun das Furchtbare wahr ist, daß ohne Fortsetzung des Krieges der Friede nicht zu haben ist, so drückt nur der Wunsch, daß der Endampf kurz sei, damit Europa rasch dazu komme, das Verärrumte nachzuholen, das Werk allgemeiner Gesellung praktisch und wissenschaftlich zu beenden: Wissenschaft und Praxis menschlicher Gesellung — das ist in unseren Augen der Sozialismus!

Von den Kriegsschauplätzen.

Im Westen haben in den letzten Tagen besonders die Flieger ihre vernichtende Tätigkeit ausgeübt. Während deutsche Flugzeuge Orte im Maastale sowie Bahnanlagen und Truppenlager mit Bomben belegten, haben französische Geschwader Arraville und Metz angegriffen. Welcher Schaden angerichtet wurde, ist aus den Berichten nicht zu ersehen.

Zuf dem östlichen Kriegsschauplatz machen die Russen noch immer Offensivvorstöße, die jedoch abgewiesen wurden. Die Heeresgruppe des Generals v. Linfingen hat die Russen auf der Linie Swindj-Gorochow weiter zurückgedrängt. Mit dem Einzug in Lemberg, dem vorläufigen Ziel der Angriffe des Jarenheeres, wird es danach wohl ereulicherweise nichts mehr werden. Dafür berichtet die russische Armeeleitung, daß die Armee des Generals Brussilow in der Zeit vom 1. bis 17. Juni die phantastische Zahl von 3150 Offizieren und 169 134 Soldaten als Gefangene eingebracht habe! Von den russischen Verlusten wird natürlich verschämt geschwiegen. Aus Stockholm erfährt man darüber folgendes: Nach der russischen Offiziers-Verlustliste verlor die Armeegruppe Kaledin in den ersten acht Tagen der russischen Offensive 1500 höhere Offiziere, was einem Gesamtverlust von 70000 Mann gleichkommt. Die Stimmung in dem von den Russen zurückeroberten Gebiet wird als gedrückt geschildert. Allgemein herrscht in der Bevölkerung die Auffassung, daß die Oesterreicher bald zurückkommen werden. Das russische Heer wird mit gemischten Gefühlen aufgenommen, weil sein zweiter Abzug befürchtet wird.

Von nicht unerheblicher Bedeutung sind die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, die wir gestern mitteilten und über die wir heute ergänzend an anderer Stelle berichteten. Sie geben eine Probe davon, was dem deutschen Volke droht, wenn es den Alliierten gelingen würde, den Sieg zu erringen. Auch die Interessen der Neutralen würden dadurch auf das Schwerste gefährdet. Das Amsterdamer Blatt „Nieuws van den Dag“ nennt die Beschlüsse der Pariser Konferenz eine wirtschaftliche Wahnwitzstat, durch die eine chinesische Mauer zwischen gebildeten Völkern aufgerichtet werden soll. Sowohl für Belgien als auch für andere Länder der Entente wie zum Beispiel Russland, würde es von größtem Schaden sein, sich wirtschaftlich von Deutschland abzuschließen. Ein wirtschaftlicher Krieg nach dem jetzigen Weltkriege würde den Selbstmord Europas bedeuten. Die „Fürcher Nachrichten“ bezeichnen die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz als eine verstärkte Herausforderung zum Kampfe auf Leben und Tod. Der Vierbund weiß jetzt, daß es um seine völlige wirtschaftliche Vernichtung geht. Daß dabei auch einige Ententestaaten bluten werden, wie Italien und Russland, ist ein schlechter Trost. England kann sich freilich die Hände reiben. Sicherlich ihm das Londoner Abkommen im September 1914 die politische Oberherrschaft im Fünferbund während des Krieges, so gibt ihm das Abkommen auf der Pariser Konferenz die bleibende wirtschaftliche Oberherrschaft über seine Verbündeten. Wohl plant auch der Vierbund ein Wirtschaftsabkommen, aber mit vernünftigen freien Tendenz für die

Neutralen. Die Pariser Beschlüsse sind ein Anschlag auf ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit. Das Blatt richtet an den Bundesrat die ernste und nachdrückliche Forderung, die anderen Neutralen um sich zu sammeln, um gemeinsam mit ihnen einen geharnischten Protest gegen diese Beschlüsse abzugeben. Es schließt: Hatten wir in der Schweiz schon bisher allen Grund, den Himmel zu bitten, den Mittelmächten einen entscheidenden Sieg zu verleihen, so jetzt doppelt und dreifach, denn gehts auch um unsern Hals. — In einem Leitartikel der Kopenhagener „Politiken“ heißt es zu dem Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz der Alliierten u. a.: Es sind also die scharfen Maßnahmen, die auf dieser Konferenz der Sieg davongetragen haben, doch sind gewiß warnende Stimmen dagegen vorher laut geworden, namentlich von englischer und russischer Seite. In Russland machten sich gerade in der letzten Zeit Stimmen geltend, daß es unaufrichtig und selbstzerstörend sein würde, die wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland zu unterbrechen, die für Russland nach dem Kriege unentbehrlich sei. Es werden somit zwei große wirtschaftliche Organisationen sich gegenüberstehen, nämlich die der Alliierten und die der Mittelmächte. Die erstere mit dem Ziel sich selbst zu genügen, die zweite, ihre Mitglieder durch gegenseitige Unterstützung stärfend, jedoch bereit, dem internationalen Handelsverkehr sofort wieder aufzunehmen. Erst eine lange Reihe von Jahren wird entscheiden, welcher dieser beiden Grundzüge der stärkere und somit der siegreichere ist. Aber zwischen den beiden Gruppen stehen die kleinen neutralen Staaten, deren Stellung nicht weniger schwierig sein wird, als sie während des Krieges ist. Für sie wird selbst der Friedensschluß nicht einen wirtschaftlichen Frieden bedeuten, sondern nur neue Bedrängnisse, aus denen sie nur der Weltbild, die Kraft und Geschmeidigkeit und der Takt der leitenden Staats- und Finanzmännern erretten kann.

Das kleine, gegen die Uebermacht seiner Feinde hilflose Griechenland bekommt jetzt die Faust der Vierverbandsregierungen gründlich zu spüren. Seiner Regierung wurde ein Ultimatum überreicht, in dem folgende Hauptforderungen gestellt werden: 1. Volle Demobilisierung binnen kürzester Frist und Zurückführung der Armee auf den Friedensfuß; 2. die Entlassung des Kabinetts und die Bildung eines reinen Geschäftsministeriums ohne politische Färbung, das in lokaler Weise eine „wohlwollende“ Neutralität gegen die „Garantie-Mächte“ beobachtet; 3. die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen; endlich 4. die Entlassung einiger Polizeibeamter, die angeblich unter fremdem Einfluß ständen. Notgedrungen, um die Opferung Griechenlands für die Interessen seiner Widersacher zu vermeiden, hat die Regierung beschlossen, die Forderungen zu bewilligen. Ob dem hellenischen Volke für die Folgezeit dadurch die Schrecken des Krieges erspart bleiben, wird die Zeit lehren.

Die Arzlagslage.

Wien, 22. Juni. (Uml.)

Russischer Kriegsjahraplaß.

Gestern wurden bei Gurahumora russische Angriffe abgewiesen. Ganz südlich des Dniepr keine besonderen Ereignisse. Westlich von Wisniomogel griff der Feind neuerlich mit starken Kräften an. Seine Sturmtruppen brachen zum Teil in Artillerie-Sperrefeuer, zum Teil im Kampf mit deutscher und österreichisch-ungarischer Infanterie zusammen. Er erlitt schwere Verluste. Bei Burtanow schlugen unsere Truppen russische Nachtangriffe ab. Die in Kolkhien kämpfenden verbündeten Streitkräfte machten nördlich von Gorodnow östlich der Linie Kofacz-Kifeln und bei Sotul weitere Fortschritte. Sowohl auf diesen Gefechtsfeldern als bei Kofli scheiterten alle mit größter Hartnäckigkeit wiederholten Gegenangriffe der Russen. Italienischer und Südöstlicher Kriegsjahraplaß. Keine besonderen Ereignisse.

Gegen Frankreich und Belgien.

Frankösischer Generalstabsbericht

Vom Mittwoch nachmittag 3 Uhr: Südlich der Somme versuchte eine deutsche Abteilung sich den französischen Linien vor Maucourt zu nähern. Sie wurde aber durch Gewehrfeuer zerstreut. Nordöstlich von Reims brachen die Deutschen zwei Linien zur Explosion und griffen dann die Schützengraben auf der Höhe 108 (südlich von Berry-au-Bac) an. Sie wurden durch unser Sperrefeuer zum Halten gebracht und erlitten eine vollständige Schlappe. Auf den beiden Ufern der Maas entwickelten die beiderseitige Artillerie im Laufe der Nacht eine ziemlich große Tätigkeit. Abends 11 Uhr: Auf dem linken Maasufer wurde ein deutscher Angriff gegen die neuen, von uns am 15. Juni auf den Endabhängen des „Toten Mann“ eroberten Schützengraben durch unser Feuer vollständig zum Stehen gebracht. Auf dem rechten Ufer griffen die Deutschen nach einer heftigen Beschießung mit schweren Granaten, die den ganzen Tag über auf die Gegend der Höhe 320, den Chapitre- und Fenne-Wald, sowie auf Chenois andauerte, unsere Stellungen westlich und südlich von Raucourt an. In unserem Sperr- und Maschinengewehrfeuer brachen sich zweimal die Stürme des Feindes, der starke Verluste erlitt. An der übrigen Front Beschießung mit Unterbrechung. In verschiedenen Punkten der belgischen Front Artilleriekämpfe, besonders in der Gegend nördlich von Dismuiden. Bei Steenstraete Handgranateneinsatz. — Flugwesen: In der Nacht zum 21. Juni warfen unsere Kampfgeschwader 210 Granaten auf den Bahnhof von Arnaville und 276 Granaten auf die militärischen Anlagen und den Bahnhof von Metz, insgesamt 486 Geschosse.

Frankreich fordert Englands Hilfe.

In den französischen Blättern werden trotz der Zensur die Erklärungen und Friedenssehnsüchte immer deutlicher. Frankreichs Forderung nach einem Eingreifen der Engländer an der Westfront tritt immer mehr hervor. So sagt Marcel Cochin in der „Humanité“: Die Engländer verfügen über ein ungeheures, gut ausgerüstetes Heer, mächtige Geschütze und reiche Munition. Die Stunde ist da, wo dieses Heer zeigen muß, was es leisten kann. Es wird hoffentlich den Gang des Krieges ändern und so das mit Ungeduld erwartete Ende beschleunigen.

Ueber die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskongresse.

Der die Havas-Agentur bereits berichtet, wie der „Kölnische Zeitung“ aber aus dem Gemeldeten wird, seien eine Reihe wichtiger Verhandlungen dabei geschwiegen worden. Die Konferenz habe beschlossen, sämtliche von Angehörigen der Wiener Verbände mit Lösung der Mittelkrisis abgesehenen Verträge unannehmlich als angelegt zu erklären. Ferner wurden alle bisher noch selbstständig ermittelten Handelsunternehmungen förmlicher Staatsangehöriger inquisiert oder unter Kontrolle gestellt. Diese Untersuchungen könnten auch völlig unangelegentlich und ihre Resultate verkannt werden. Die aus dem Verbot resultierenden Verträge würden konzentriert. Für die Zeit des Krieges wurde weiter beschlossen, die Einführung der „Einheitspreise“ oder ähnlicher Kontrollmaßnahmen unannehmlich in allen normalen Ländern einzuführen. Als Übergangsmäßnahme für die Zeit nach dem Kriegeschlusse sieht die Konferenz gemeinsame Vorgehensregeln für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der vom Feinde besetzten Gebiete vor. Hierfür ist die Einschränkung von Privilegien oder die Unterbrechung durch Lieferung von Rohstoffen und Maschinen in Aussicht genommen. Ein weiterer Beschluß sieht die Einführung von Ausnahmemaßregeln in der Behandlung des gesamten Schiffsverkehrsverkehrs der Mittelmächte vor. Als Kernstück der Wirtschaftspolitik gegen den deutschen Wirtschaftswettbewerb nach dem Kriegeschlusse erachtet die Pariser Konferenz die staatliche Subventionierung bestimmter Handels- und Industriezweige, die Einführung „gruppen-spezifischer“ Besätze, Gewährung von Einheitspreisen für die Grundstoffe, Energie und Rohstoffe, Gewährung von Subventionen, Aufhebung von Vergünstigungen für den Land- und Seehandel, Beschränkung des Reis- und Getreidehandels und eine Reihe ähnlicher Maßnahmen. Zur Vorbereitung der Gesetzgebung für die im Vorkriegsstand, Handel- und Seehandel beschleunigten Änderungen wird eine Sammelkommission ernannt.

Einigung der französischen Parteien.

Die Kammer hielt Mittwoch ihre letzte Gesamtsitzung ab. Der Schluß der Debatte veranlaßte die meisten Gruppen in Forderungen, um eine Tagesordnung zur Befähigung der Juryparlamentarier anzuschließen. Die Abstimmung findet in offener Sitzung statt. Die Kammergruppen werden ohne Zweifel vorher eine Einigung über einen einheitlichen Text zuziehen und mit der Regierung verhandeln, um bei der Abstimmung Dissonanzen und Divergenzen zu vermeiden. Wie das „Petit Journal“ meldet, beschließen die radikale und die radikal-sozialistische Partei der Sozialistenkongressabstimmung für die Regierung zuzustimmen.

Gegen Rußland.

Die ungeliebte Rolle der russischen Offiziere.

Der russische Generalstab berichtet vom 21. Juni: Westfront: Die heftigen Kämpfe nördlich von Hahomacq am Tage vorher an. Das Dorf Gurjancourt wurde mehrmals von den Russen gegen nachdringende deutsche Truppen in das Dorf ein und ausgeht 11 Objekte und 40 Mann zu Gefangenem und eroberten sechs Maschinengewehre. Das heilige Geheiß der Deutschen wurde aus dem Dorf, das von wieder ausgegeben. Ein weiterer Beschluß sieht die Einführung in der Umgebung des Dorfes Maroncy, 4 Kilometer nördlich von Kifeln. Dieser dem Dniepr überfließende und letzten Artilleriegeschütz in der Gegend an. Am 21. Juni machten unsere jungen Kavallerie gegen über dem heiligen Kifeln und zwischen der Dniepr und Kifeln. Wir nahmen neun Maschinengewehre weg und machten Gefangene, verschiedene Regimenter angefallen. In der Nacht zum 21. Juni um 3 Uhr griff uns der Feind mit starken Kräften in der Gegend des Dorfes Maroncy an. Es kam zu einem Handgemach. Die Deutschen hielten nicht Stand und gingen zurück. Er haben die Kommandanten im nächsten

Händen und bürten Gefangene ein, deren genaue Zahl noch nicht festgestellt ist. Heiße Kämpfe entwickelten sich in der Gegend von Kifeln und weiter südlich. Auf dem äußersten linken Flügel überschritten unsere Truppen bei der Verfolgung des Feindes den Sereth.

Die Gesamtzahl der Gefangenen und der Kriegsgüter, die von den Armeen des Generals Brussilow vom 4. Juni bis zum 17. Juni eingebracht wurde, beträgt: 3150 Offiziere, 169134 Soldaten 198 Geschütze, 550 Maschinengewehre, 189 Bomben- und Minenwerfer, 119 Artillerie- und Munitionswagen, 35 Scheinwerfer und zahlreiches Kriegsmaterial. Die Summe an Gefangenen und Kriegsgütern wird durch die Gefechte vom 17. bis zum 21. Juni erhöht.

Dünaburg-Front: Die deutsche Artillerie beschießt sehr heftig die Gegend am Brückenkopf von Uexküll und die Stellungen im Abschnitt nördlich von Jakobstadt. In der Nacht zum 20. Juni griffen die Deutschen nach heftiger Beschießung unsere Stellungen südlich von Demorgan an. Es gelang dem Feinde, in dem Abschnitt in unsere Gräben einzudringen; er wurde durch das Artilleriefeuer und einen Gegenangriff wieder hinausgeworfen. Er mußte in seine Ausgangsgräben zurückgehen. In anderen Teilen dieser Gegend scheiterten alle Angriffsversuche des Feindes. Er wurde teils durch Infanteriefeuer, teils mit dem Bajonett abgewiesen. Feindliche Flieger warfen ungefähr 40 Bomben auf den Bahnhof von Wilejka. Am Dünaburg-Kanal einige Infanteriegefechte und gegenseitiges heftiges Artilleriefeuer — Kaukasus: In der Richtung Diabest beschossen unsere Patrouillen eine starke feindliche Abteilung bei der Ablösung der Vorposten. In der Richtung Wolok in der Gegend von Remanuz hatten unsere Truppen, aus Georgiern bestehenden Truppen ein glückliches Gefecht mit einer Kurdenabteilung, die mit dem Verlust vieler Toter floh. In der Richtung von Bagdad machten die Kosaken in der Gegend von Kela Schahin (25 Kilometer von Kasr Schirin) einen Überfall auf die Türken und warfen sie zurück.

Revolutionäre Umtriebe in Petersburg.

Die Wiener „Reichspost“ meldet: In Petersburg haben Revolutionäre den als Munitionsarbeiter verkleideten Agenten der Ochrana Lawrenchow entlarvt und ihn in seiner Wohnung auf gräßliche Weise ermordet. Bei der Untersuchung über diesen Mord ist die Polizei auf eine weitverbreitete Verschwörung gestoßen, die sich „fliegende revolutionäre Abteilung“ nennt und der neben Arbeitern auch Hochschulschüler angehören. In einer geheimen Druckerei wurde nebst anderen revolutionären Druckschriften auch ein Todesurteil gegen den Ministerpräsidenten Stürmer und den Kriegsminister Schuwajew gedruckt, das vollstreckt werden soll, falls der Krieg im Herbst noch andauert. Die Arbeiter sollen auch geplant haben, die Munitionsfabrik Wassiljewskij Ostrow in die Luft zu sprengen. Auf diese Vorgänge ist die lakonische Meldung der „Reichspost“ zurückzuführen, daß zahlreiche Arbeiter und Studenten verhaftet worden sind.

Großer Truppen- und Munitionstransport durch das Weiße Meer.

Aus Bergen wird gemeldet, daß ein dort angelangter Dampfer Ende voriger Woche eine englische Transportflotte, aus dreißig Fahrzeugen bestehend, im Weißen Meere getroffen hätte, begleitet von einem Kreuzergeschwader. Hierzu erzählt der Christianiaer Korrespondent der „Reichspost“: Insgesamt waren es 21 Dampfer, teils britische, teils neutrale von 3000 bis 15000 Tonnen, die von 4 älteren Kreuzern und zwei britischen Tauchbooten über den Atlantischen Ozean nach Nordrußland begleitet wurden. Auf 13 Dampfern befanden sich ausschließlich Truppen, meist Kanadier, die sich für einen außerordentlich hohen Sold anwerben ließen und der in Kanada noch immer herrschenden Arbeitslosigkeit entgegen. Wenn auch die Angabe, daß es sich bei den Truppentransporten um ein ganzes Armeekorps handelt, übertrieben erscheint, so ist es doch sicher, daß 8 große Frachtdampfer, die den Truppentransport begleiteten, an Kriegsmaterial namentlich Artillerie aller Kaliber, Brückenbaumaterial, Pontons, Pferde und Munitionsmengen beförderten, mehr als ein Armeekorps bedienen können. Auch mehrere zerlegbare Tauchboote sollen diese acht Frachtdampfer, deren Abgangshafen durchweg in Nordamerika liegt, mit sich geführt haben. Besonders groß soll die Anzahl an Truppenautomobilen sein, die den Ueberlandtransport nach dem Inneren Rußlands zur Front ausführen sollen, da die noch nicht fertige Murman-Bahn auch auf den fertigen Teilen der Strecke den Transport nicht bewältigen kann, denn die Bahn ist stellenweise durch allzu großen Warenandrang aus Arhangelsk und Murman tagelang blockiert. Die dort angehäuften Vorräte, die meistens amerikanischen Ursprungs sind, nehmen jetzt, was das Eismeer offen ist, fabelhafte Dimensionen an. Sobald die 21 Dampfer geladert haben, sollen sie nach Nordamerika zurückfahren, um weiteres Kriegsmaterial nach Rußland zu schaffen.

Streiks in Polen.

Bei der Warschauer Straßenbahn, einem Privatunternehmen, brach am 16. Mai 1916 ein Streik aus, der seine Ursache in einer Mißbilligung der Angestellten gegen die Geschäftsleitung und daneben auch in den recht ungünstigen Besoldungs- und Arbeitsbedingungen hatte. Auf Veranlassung des Generalgouvernements, daß die bisherige Direktion befristete und einen Zwangsverwalter der Straßenbahn ernannte, wurde ein Teil der Forderungen der Angestellten auf dem Gebiet der Besoldung, der Beurlaubung und der Kündigung erfüllt. Am 2. Juni war der Streik völlig beendet; die wenigen, während seiner Dauer verhafteten Straßenbahngewerkschaften wurden sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Arbeitseinstellung, die in den kassischen Kaiserwerken — als Sympathiebewegung und gleichfalls im Zusammenhang mit Lohn- und Arbeitsbedingungen — auszubringen drohte, konnte durch Vermittlung des Generalgouvernements, das auf eine angemessene Erhöhung der Löhne hinwirkte, vermieden werden.

Gegen England.

Schastungen in Dublin.

In Dublin wurden zahlreiche neue Verhaftungen vorgenommen. In dem republikanischen Lager am Sonntag, der zu dem erwarteten bewaffneten Zusammenstoß mit der Polizei führte, hatten nach Feststellungen der Polizei mehrere hundert Personen teilgenommen. Der Tag hatte vor dem Schluß in Dublin Caple eine Kundgebung veranstaltet.

Gegen Italien.

Italienischer Geeresbericht

Vom 22. Juni: Zwischen Gisch und Alich Artilleriekämpfe. Im oberen Teile des Pojana-Tales beschleunigten sich

Alpini-Abteilungen während eines Unwetters einer starken Stellung südwestlich des Monte Pruche. Man meldet Infanterie-zusammenschläge mit für uns günstigem Ausgang auf den westlichen Höhen des Monte Cengio und südwestlich von Schleggen. In der Nacht zum 20. Juni versuchte der Feind dreimal hintereinander überraschend unsere Stellungen am Monte Magenta anzugreifen; er wurde jedesmal zurückgeschlagen und erlitt schwere Verluste. Nördlich des Frenzela-Tales legten unsere Truppen ihr mühseliges Vordringen durch das schwierige Gelände fort. Sie wurden mit Fähigkeit des erbitterten Widerstandes des Feindes Herr und schlugen häufige Gegenangriffe ab. Auf dem übrigen Frontteile trug sich kein bedeutendes Ereignis zu. Feindliche Flieger warfen Bomben auf unsere rückwärtigen Verbindungen. Einige Personen wurden verwundet; es wurde wenig Schaden angerichtet. Unsere aus Caproni-Flugzeugen und Savoja-Farman-Flugzeugen bestehenden Geschwader bombardierten in einer Gesamtstärke von 34 Flugzeugen den Flugzeugpark von Perien im oberen Suganer-Tal. Obwohl sie von zahlreichen Geschützen unter Feuer genommen und von Kampfgeschwadern angegriffen wurden, kehrten sie unverfehrt heim, nachdem sie drei feindliche Flugzeuge in glänzenden Luftgefechten zum Absturz gebracht hatten. (gez. Cadorna.)

Der Balkankrieg.

Ein Ultimatum an Griechenland.

Agence Havas meldet: Die Gesandten von Frankreich, England und Rußland überreichten Mittwoch nachmittag dem Ministerpräsidenten Skuludis eine gemeinsame Note. Dieses Schriftstück bestätigt zwar den Willen der drei Schutzmächte, Griechenland seine Neutralität nicht zu stören, legt aber auseinander, daß die Mächte gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett ernste Verdachtsgründe hätten angesichts seiner Duldung der deutschen Propaganda und seiner Haltung gelegentlich des Eindringens der Bulgaren in griechisches Gebiet, andererseits sei die griechische Verfassung in der letzten Zeit nicht immer treulich geachtet worden, vor allem anlässlich der letzten allgemeinen Wahlen, die trotz der Mobilmachung zahlreicher Wähler stattgefunden hätten, indem sie sich nicht auf die Verträge stützen und nur das Interesse des griechischen Volkes im Auge haben. Frankreich, England und Rußland, heißt es in der Note weiter, haben deshalb beschlossen, von Griechenland die unverzügliche Ausführung folgender Maßnahmen zu verlangen:

- Erstens: Tatsächliche und allgemeine Demobilisierung der griechischen Armee.
 - Zweitens: Ersetzung des Ministeriums Skuludis durch ein Kabinett, das alle Garantien hinsichtlich der Beobachtung einer wohlwollenden Neutralität gegenüber der Entente erfüllt, entsprechend den Verpflichtungen der griechischen Regierung.
 - Drittens: Auflösung der Kammer und allgemeine Neuwahlen.
 - Viertens: Ersetzung der Polizeibeamten, die allzu oft auf ausländische Einflüsterungen gehört haben.
- Falls die griechische Regierung diese Forderungen nicht annehmen sollte, würde sie allein für die Ereignisse verantwortlich sein, die darauf eintreten könnten.
- Wie Reuters aus Athen berichtet, machte Zaimis einen Besuch bei der französischen Gesandtschaft, wo die Gesandten der Ententemächte eine Konferenz abhielten, und gab im Namen des Königs die Erklärung ab, daß Griechenland alle Forderungen der Entente annimmt. Zaimis teilte zugleich mit, daß er an die Stelle des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Skuludis trete.

Flottenkundgebung vor dem Piräus.

Ein Geschwader der alliierten Flotte hat den Befehl erhalten, vor dem Piräus zu kreuzen. Diese Kundgebung wird unter Umständen von einem Landungskorps unterstützt werden, dessen Eingreifen von den Ereignissen abhängen wird.

Der Seekrieg.

Verjunkt.

Das „Petit Journal“ meldet aus Fecamp: Der Dreimaster „France et Russie“ (329 Reg.-Tonnen) wurde im Mittelmeer durch ein Unterseeboot verjunkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Die Kämpfe im Orient.

Türkischer Geeresbericht

Vom 22. Juni: An der Trakfront im Abschnitt von Felahie keine Veränderung. Am Euphrat unternahmen wir einen überraschenden Angriff gegen einen englischen Vorposten, töteten neun englische Soldaten und nahmen ihre Gewehre. Im Abschnitt der Ortschaften Serpol und Lehab, östlich Kaer Schirin und nördlich Baneh bedrängen unsere Truppen, von Freiwilligen unterstützt, die Russen andauernd. An der Kaukasusfront und am rechten Flügel keine merkliche Veränderung. Im Zentrum heftiger Gemehrkampf. Am linken Flügel Scharmüchel zwischen Erkundungsabteilungen. Ein überraschender Angriff, den schwache feindliche Kräfte gegen zwei Punkte unserer vorgeschobenen Stellungen unternahmen, wurde leicht abgewiesen. Am 18. Juni nach Mitternacht überflogen zwei unserer Flieger die Inseln Smaros und Lenodos; sie warfen erfolgreich Bomben auf einen Fliegerhüppchen und zwei Torpedoboote. Ein Torpedoboote, das von einer Bombe auf Deck getroffen wurde, wurde von einem anderen nach der Insel Lenodos geschleppt. An zwei Stellen eines Fliegerhüppchens brach ein Brand aus. Von feindlichen Flugzeugen, die am 18. Juni El Arich angriffen, wurden drei abgeschossen und ein Flieger gefangen. Das erste Flugzeug fiel ins Meer. Das zweite fiel auf die Reede von El Arich; der Beobachter und der Führer wurden durch ein anderes Flugzeug gerettet. Das dritte Flugzeug verbrannte mit dem Beobachter. Der Führer wurde gefangen genommen. Ein englisches Kriegsschiff drang in die Bucht von Sheik Nemija, an der Küste von Medina, und bombardierte das Manisoleum in Sheik Nemija.

Essad Pascha zum Tode verurteilt.

Essad Toptani (früher Essad Pascha genannt) wurde aufgrund der Verbrechen, die er während des Krieges in Konstantinopel begangen hat, zum Tode verurteilt. Er wurde nunmehr in contumaciam zum Tode verurteilt, da er sich nicht zur Verantwortung stellen wollte.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Hollands Lebensmittelmangel.

Die holländische Regierung beschloss, die Getreidevorräte im Lande zu vergrößern und den ganzen Ertrag der Roggen- und Weizen-ernte durchgreifende Maßnahmen treffen zu lassen.

Die Kämpfe in Ostafrika.

Amstisches belgisches Communiqué aus den Kolonien: General Tombernet telegraphiert, daß seine Vorhut, nachdem sie am 6. Juni den Feind bei Kimitawa geschlagen hatte, auf den flüchtenden Gegner stieß und ihn neuerdings zu einem Kampfe zwang und zwar am 12. Juni auf der Straße Kimitawa-Kitita, östlich des Flusses Kofoma. Der Feind wurde übermüdet und zog sich zurück, indem er zahlreiche Truppen auf dem Schlachtfelde ließ. Die Verfolgung dauert fort.

Amstisch wurde in London bekanntgegeben, daß die Engländer in Ostafrika Sandeni und Mt. Langenburg besetzten. Belgische Truppen besetzten eine Linie zwischen dem Tanganjasee und dem südwestlichen Ende des Viktoriasees.

Amerika und Mexiko.

Reuter meldet: Es wird bestätigt, daß Mittwoch ein blutiges Gefecht bei Carrizal stattgefunden hat. Die Amerikaner verloren etwa 20 Tote und 17 Gefangene. Die Mexikaner verloren etwa 40 Mann einschließlich des Generals Gomez.

Aus Washington wird gemeldet: In der Antwort des Staatssekretärs Lansing auf die Note Carranzas wird gesagt, daß die Vereinigten Staaten unter den jetzigen Umständen es ablehnen, der Bitte Carranzas auf Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Mexiko zu entsprechen, denn der Schutz des Lebens und des Besitzes der amerikanischen Bürger in Mexiko ist für die Vereinigten Staaten eine zwingende Pflicht. — Wie aus Mexiko-City berichtet wird, hört die Einberufung vieler Militärs hier beträchtlich die Geschäfte. Die Leute sind im ganzen nicht für den Krieg. Die Arbeiterblätter bekämpfen ihn entschieden und sagen, es handle sich um ein kapitalistisches Unternehmen.

Die Agence Havas meldet aus Washington: Von allen Seiten werden die amerikanischen Militärtruppen nach der amerikanischen Grenze geleitet, wo bereits 60 000 Mann reguläre Truppen zusammengezogen sind. Amerikanische Schiffe blockieren die beiden Küsten Mexikos. In den amerikanischen Meeresküsten herrscht fieberhafte Tätigkeit. Eine Division Torpedobote ist in See gegangen. Amerikanische Panzerjagter wurden auf der Höhe von Tampico und Veracruz gesichtet. Der „New York Herald“ sagt, es sei wahrscheinlich, daß die amerikanischen Truppen wie im Jahre 1914 Veracruz, Tampico und Tuxpan besetzen werden, um die Zerstörung der Petroleumgruben zu verhindern, die englisch-amerikanischen Gesellschaften gehören und Petroleum für die englische Flotte produzieren.

Englische Postbeschlagnahmen.

Nach Mitteilungen der dänischen Generalpostdirektion wurde die Postpost des dänischen Dampfers „Tjalldur“, auf der isländische Fahrt zwischen Garder und Kopenhagen verkehrend, in Leith, wo der Dampfer unterjocht wurde, von den Engländern beschlagnahmt. — Die holländischen Dampfer „Prins Willem I.“ nach Ostindien unterwegs, und „Zuidp“, von Nordamerika kommend, mußten ihre Post in England zurücklassen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 23. Juni.

Es lebe der Frieden! Mit diesen allen unter dem Krieg leidenden Völkern aus dem Herzen gesprochenen Worten schloß der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann unter der Zustimmung von Tausenden seinen Vortrag über „Die Arbeiterfrage und der Krieg“, den er am Dienstagabend in einer Versammlung in Breslau hielt. Die Ausführungen des Führers der sozialdemokratischen Fraktion, der sich auch nachdrücklich mit den Zielen des Reichstages beschäftigte, waren so bedeutsam, daß fast die gesamte deutsche Bevölkerung davon Notiz nahm und zwar durch Abdruck dieses Auszuges aus dem Referat:

Scheidemann kam auf eine Erklärung des belgischen Ministers Vandervelde in der Pariser „Humanité“ zurück, in der dieser sich mit der Feindschaft von deutschen Reichstagsmitgliedern befaßte und aus der Rede den Schluß zog, daß das Kriegsziel des Reichstages die Eroberung Belgiens und der angrenzenden Gebiete sei, und sagte dazu: Man ist dem Reichstagsmitglied gewaltig unrecht, wenn man ihm diese Absicht unterstellt. Ich weiß, daß er nicht an derartige Pläne denkt. Ich hoffe, er wird es mir nicht mitteilen, wenn ich hier eine Indiscretion begebe. Ich begehe sie aber in der Absicht, unserem Lande einen Dienst zu erweisen. Als vor einem Jahre die sechs Wirtschaftsverbände dem Reichstags ihre Eroberungspläne unterbreiteten, wurde ich mit einigen Parteifreunden beim Reichstagsmitglied vorstellig, um Einspruch zu erheben gegen diese Pläne. Wir bewiesen dabei auf unsere im Reichstage am 4. August abgegebene Erklärung. Wir hatten die Genugtuung, aus dem Munde des Reichstagsmitglieds zu hören, daß er mit jenen Eroberungsplänen nichts zu tun haben wolle. (Großer Beifall.) daß er sie weit von sich weise und daß er sie, wie alle ähnlichen Pläne, auf das entschiedenste mißbillige. (Großer Beifall: Trampeln.) Das war vor mehr als einem Jahr. Der Reichstagsminister hat seitdem nichts gesagt und getan, was zu der Annahme nötigen würde, er stände nicht noch heute auf seinem damaligen Standpunkt. Die in der Rede erwähnte Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände fordert die Annexion Belgiens und der angrenzenden französischen Küstengebiete bis zur Somme, der Kohlengebiete der Departements du Nord und Pas de Calais, sowie von Teilen der russischen Ostseeprovinzen und der südlich davon gelegenen Gebiete. Diese maßlosen Eroberungspläne hat der Reichstagsminister in der Tat niemals zu den seinen gemacht, wie aus seinen wiederholten Erklärungen im Reichstage deutlich hervorgeht.

Der Zweck der Ausführungen Scheidemanns ist klar: sie sollen der Wiederherstellung des Friedens dienen, denn gerade die von gewisser Seite propagierte schismatische Annexionspolitik, die im schroffsten Widerspruch steht, zu dem Kaiserwort: „Uns treibt nicht Eroberungssucht“, trägt zur Verlängerung des Krieges bei. Obwohl das jeder verständige Mensch der das Ende des Völkermordens herbeiführt, leicht erkennen muß, wegen die „Lübeckischen Anzeigen“, die den von uns zitierten Satz wiedergeben, die Friedensbestrebungen Scheidemanns, die mit denen der gesamten Arbeiterklasse identisch sind, als ein „erheiterndes Stücklein“ zu verzeichnen. Das geschieht an dem gleichen Tage, an dem die Kartoffelkationen, auf welche die werktätige Bevölkerung ja hauptsächlich bei ihrer Ernährung angewiesen ist, auf die Hälfte herabgesetzt wurde! Es gibt kaum einen parlamentarischen Ausbruch, mit dem das Gesagte nicht wiederholend hervorgehoben und auf diese Weise der Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Eroberungspolitik besondere Patrioten wären. Was davon zu halten ist, kann man

Der amtliche Kriegsbericht.

9 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

W.B. Großes Hauptquartier, 23. Juni. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Deftlich von Ypern wurde ein feindlicher Angriffsvorstoß vereitelt.

Bei deutschen Patrouillenunternehmungen bei Dikons-Rassign und bei dem Gefolge Maillon-de-Champagne (nordwestlich von Maffes) wurden einige Dutzend Gefangene gemacht und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Drei französische Angriffe gegen unsere westlich der Feste Baug gewonnenen Gräben wurden abgewiesen. Wir haben hier am 21. Juni 24 Offiziere und 400 Gefangene gemacht.

Gestern wurde Karlsruhe, Müllheim sowie Trier von feindlichen Fliegern angegriffen. Wir haben eine Reihe Opfer in der bürgerlichen Bevölkerung zu beklagen. Keinenwert militärischer Schaden konnte in jenen Orten nicht angerichtet werden und ist nicht verursacht worden.

Die Angreifer verloren 4 Flugzeuge; je eines mußte auf dem Rückzug bei Niederlauterbach und bei Lembach landen. Unter den gefangenen Insassen befanden sich zwei Engländer. Die andern beiden Flugzeuge wurden im Luftkampf erledigt. Dabei holte Leutnant Hohndorff den letzten Gegner herunter.

Außerdem wurden gestern feindliche Flieger in Gegend von Ypern, östlich von Hulluch (das 5. des Leutnants Müller), bei Lencan (südlich Grand Brez), bei Merzheim (östlich von Gebweiler) sowie bei Sennheim abgeschossen. Somit haben unsere Gegner neun Flugzeuge eingebüßt.

Unsere Fliegergeschwader haben die militärischen Anlagen von St. Poal sowie feindliche Lager und Unterstände westlich und südlich von Verdun angegriffen.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Bei einem kurzen Vorstoß bei Beresina (östlich von Bogdanow) fielen 45 Gefangene, 2 Maschinengewehre und 2 Artilleriekanonen in unsere Hand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nordöstlich von Dopolitski gegen die Kanalstreckung vorgehende schwächere feindliche Abteilungen wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe des Generals von Linzigen.

Trotz mehrfacher feindlicher Gegenstöße blieben unsere Angriffe westlich und südwestlich von Lud im Fortschreiten. In der Front der Linie Beresetzka-Brod wurden russische Vorstöße glatt abgewiesen.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer nichts Neues.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

auch aus der vorletzten Rede des Reichstagsmitglieds entnehmen. Wenn das Amtschiff dann meint, die Rede Scheidemanns solle hauptsächlich die Aufmerksamkeit vom Hauptort England und seiner „Küsterhöhle“ ablenken, so verdient eine so abgeschmackte Bemerkung keine Entgegnung. Es giebt Zeitungen, welche noch kurz vor dem Kriege die britischen Vorzüge priesen — wobei wohl die Tatsache, daß eine englische Schiffsfahrts-Gesellschaft für ihre Fahrt und Beköstigung sorgte, das Urteil gewiß nicht beeinflusst haben dürfte — und die jetzt jenes Land, dessen Regierung auch nach unserer Meinung das härteste Friedenshindernis ist, mit ihrem Hass bedenken, was ja auch für eine Wandelbarkeit der Anschauungen spricht. Scheidemann und ebenso uns liegt einzig die Wiederherstellung des Friedens, das Ende der Kultur- und Zivilisationsvernichtung am Herzen. Kein Glockengeläute und kein Rahmentönen hat der sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse den Ehr für die erste Tatsache getrübt, daß das deutsche Volk den schwersten Kampf kämpft, den jemals ein Volk gekämpft hat, und daß es etwas Großes ist, unbeliebt und unbeliebt aus solchem Kampfe hervorzugehen. Darum hält sie es für ihre Pflicht, mit ihrer moralischen Kraft für die Verteidigung einzustehen, und damit läßt sie zugleich auch die Grundlage für einen Frieden zu schaffen, der nach einem erfolgreich geführten Verteidigungskriege geschlossen werden kann. Für Verteidigung des Landes, aber gegen alle Eroberungspolitik, das soll unser Weg zum Frieden sein!

Für das Amtsblatt recht lehrreich dürfte übrigens die Bemerkung der „offiziösen Nordd. Allg. Ztg.“ zu der Rede Scheidemanns sein, in der es heißt: „Darüber, was der Friede uns bringen wird, sprach der Reichstagsminister sich wiederholt öffentlich im Reichstage aus, soweit, wie er es für möglich hielt. Aus diesen seinen positiven Erklärungen ergibt sich zugleich seine Stellung zu den bekannnten und zum Teil weit darüber hinausgehenden Zielen der wirtschaftlichen Verbände.“

Leider hat der Reichstagsminister es bisher unterlassen, klar auszusprechen, wie er sich den Frieden denkt.

Mit den Ernährungschwierigkeiten, unter denen die breiten Schichten des werktätigen Volkes am schlimmsten leiden, beschäftigte sich am Mittwoch der Direktor des hiesigen Statistischen Amtes, Herr Dr. Hartwig, in einem Vortrag, den er am Mittwoch im Vaterländischen Bürgervereinsklub hielt. Wie es uns bereits häufig gechehen ist, kritisierte auch Dr. Hartwig, daß von der Regierung nicht rechtzeitig und energisch genug eingegriffen worden sei. Hierfür sei die Zuderversorgung das markanteste Beispiel. Das laienhafte, zögernde Vorgehen der Regierung sei darauf besonders zurückzuführen, daß vorher erst die Interessentenverbände gehört wurden. Einhalt müsse vor allem der Preissteigerung geboten werden. Redner wandte sich gegen den Mangel und die Hamsterei und kam dann auch auf die in der Osterwoche erfolgte Verkaufsaufnahme von Zucker und Fleisch zu sprechen. Bei derselben wurde festgestellt, daß 400 Haushaltungen, darunter 16 minderbemittelte, mehr als 50 Pfund Zucker hatten, 118 Haushaltungen hatten sogar mehr als 100 Pfund. Auf den Kopf der Haushaltungen waren in 61 Familien mehr als 30 Pfund Zucker vorhanden. Die größten Mengen hatte eine alleinlebende Frau vor dem Holthor mit 300 Pfund, dann eine minderbemittelte Familie von 3 Personen vor dem Hüttenort mit 166 Pfund auf den Kopf. Mehr als 50 Pfund Fleischdauerwaren waren in annähernd 2500 oder 19 Prozent aller Haushaltungen vorhanden. Und zwar hatten solche Vorratsmengen von den Haushaltungen der inneren Stadt annähernd 7 Prozent, von denen in den Vorstädten der 9 Prozent, von denen in den Eingemeindungsgebieten 24 Prozent und von denen im Landgebiet 57 Prozent. Etwa ein Viertel dieser Haushaltungen war unbemittelt. In 125 Haushaltungen waren mehr als 50 Pfund auf den Kopf vorrätig. Die größten Mengen auf den Kopf hatte ein Landman mit 108 Pfund und ein Müller und eine Arbeiterin mit 96 Pfund. (Bei dieser Arbeiterin handelte es sich, wie wir erfahren, um eine Frau, die selbst ein Schwein gehalten hatte. Red.) Solche größeren Vorräte müßten entzogen werden. Die Hamsterei sei verwerflich, und wenn sie von gebildeten, besserstehenden Familien geschehe, um so schlimmer. Redner trat schließlich für die Nationalisierung der Lebensmittel

ein. Die Ansprache zeitigte eine Kritik verschiedener verfehlter Maßnahmen und bewegte sich im übrigen in den Bahnen des Referats. Wir begrüßen es selbstverständlich, wenn jetzt im Bürgerturn endlich die Einsicht kommt, daß die zu Beginn des Krieges von der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften vorgeschlagenen Wege die richtigen waren.

Vorsorge für die Ernte. Eine Bekanntmachung des Bundesrats ordnet die Vornahme einer Erntevorsorge für 1916 an. Die Schätzung erstreckt sich auf Winter- und Sommerweizen, Spelz, Emmer, Einkorn, Winter- und Sommerroggen, Gerste und Gemenge aus diesen Getreidearten, ferner Hafer, (auch in Gemenge mit Getreide und Hülsenfrüchten) Kartoffeln, Zuckerrüben und Futterrüben. Die Landeszentralbehörden können sie auf andere Früchte ausdehnen. Die Erntevorsorge findet für Brotgetreide und Gerste in der Zeit vom 1. Juli bis zum 20. Juli, für Hafer zwischen 1. August und 20. August, für Kartoffeln und Rüben zwischen 1. September und 25. September statt. Die Durchführung erfolgt in der Weise, daß auf Grund der Ernteschätzerhebung (Verordnung vom 18. Mai 1916) von den zu diesem Zwecke ernannten Sachverständigen und Vertrauensleuten die Durchschnittserträge für die einzelnen Gemeinden festgestellt werden. Durch die Schätzung soll so frühzeitig wie möglich ein Überblick über den zu erwartenden Umfang der Ernte an Getreidearten und Früchten, die für die menschliche und tierische Ernährung hauptsächlich in Frage kommen, erlangt werden. — Im Zusammenhange mit der öffentlichen Bewirtschaftung der bestehenden Getreideernte ist (wie im Vorjahre) das Verbot des privaten Vorkaufes von Getreide dieser Ernte unerläßlich. Das Verbot, das durch die Bekanntmachung des Bundesrats vom 21. Juni erlassen wurde, erstreckt sich auf sämtliches Brotgetreide auf Hafer, Gerste und Mischfrucht, außerdem auch auf Fuchweizen, Hirse, Hülsenfrüchte und Delfrüchte, ferner auf Futtermittel, die der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 unterliegen. Alle Kaufverträge über diese Erzeugnisse (einschließlich der vor dem Inkrafttreten der Verbotsverordnung geschlossenen) sind nichtig. Von dem Verbote sind ausgenommen: 1. Verkäufe von Saatgetreide (Roggen, Weizen, Gerste und Hafer), die unter Innehaltung der vom Reichsanwalt erlassenen besonderen Bestimmungen abgeschlossen werden. 2. Verkäufe von Hafer und Gerste, sowie Weizen und Mischfrucht, worin sich Hafer befindet, an einen Kommunalverband, in dem Getreide gewachsen ist, an die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresversorgung oder an Beauftragte des Kommunalverbandes oder der Zentralstelle. 3. Verkäufe der übrigen Getreidearten an Kommunalverbände und Reichsgetreidestelle (bezogen auf Kaufverträge) 4., 5. und 6. Verkäufe von Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchten an die Zentralkaufgesellschaft, von Delfrüchten an den Kriegsausgleich für Pflanzstoffe und tierische Fette, von Kraftfuttermitteln an die Versorgungsvereinigung der deutschen Landwirte. — Der Verkauf wird also im ganzen lediglich an die Organisationen und Stellen getätigt, die später an der Bewirtschaftung und Verwertung der betreffenden Erzeugnisse beteiligt sind. Eine Ausnahme bildet die beschränkte Freigabe des Saatguthandels, die zur Erleichterung der für die Produktion wichtigen Beschaffung von Saatgut erfolgte.

Verbot der Verwendung von Pappstößen. Amtlich wird mitgeteilt: Durch die gestern vom Bundesrat beschlossene Verordnung über untaugliches Schuhzeug soll dem Ueberhandnehmen der Verwendung von Pappe und ähnlichen widerstandsunfähigen Stoffen für lebernes Strahenschuhzeug Einhalt geboten werden. Für einzelne Schuhstücke eignen sich bewährte Kunststoffe, die ebenso gut wie Leder, und unter den heutigen Verhältnissen muß in dem Leder soviel als möglich gespart werden. Wenn aber die Knappheit und der hohe Preis der Leders die Fabrikanten veranlaßt hat, sogenannte Strapazierstiefel mit Pappstößen in den Verkehr zu bringen, so ist das eine Unflut, unter der sowohl der Verbraucher leidet als die Händler; sie wirkt auch insofern höchst unvorteilhaft, als durch den schnelleren Verschleiß solcher Stiefel das brauchbare Leder, das sie enthalten, ungenügend ausgenutzt wird. Solche Ledererschwendung ist gegenwärtig durchaus verwerflich. Deshalb ist nunmehr für den Absatz und die Verarbeitbarkeit die Verwendung von Pappe usw. überhaupt verboten, die Brandstöße und die Hinterkappe müssen überwiegend aus Leder bestehen. Abfälle ohne kräftige Oberseite aus Leder sind unzulässig. Die Verordnung tritt erst in zwei Wochen in Kraft, damit die schon begonnene Fabrikation zu Ende geführt werden kann und das durch die Verarbeitung in Anspruch genommene Leder erhalten bleibt. Für eine reichlich bemessene Uebergangszeit bleibt der Vertrieb der nachweislich bereits hergestellten minderwertigen Schuhe erlaubt, aber nur unter deutlicher Kennzeichnung der an Stelle von Leder verwendeten Stoffe. Die näheren Bestimmungen erläßt der Reichsanwalt. Fabrikanten und Schuhhändler werden gut tun, sich rechtzeitig mit den Einzelheiten der Verordnung und den Ausführungsbestimmungen vertraut zu machen. Auch für das kaufende Publikum ist die Kenntnis der neuen Vorschriften von Wert.

Zwangsmäßige Beschränkung des Papierverbrauchs der Zeitungen. Eine solchen erlassene „Bekanntmachung über Druckpapier“ verhängt eine Einschränkung des Verbrauchs um etwa 10 v. H. berechnete nach dem Verbrauch des Jahres 1915. Die Zeitungen werden je nach ihrem Umfang in 15 Stufen geteilt. Bei einem Umfang bis zu 200 Quadratmeter Jahresfläche beträgt die Einschränkung 5 vom Hundert, sie steigt bis zu einer Einschränkung von 17 v. H. bei einem Jahresumfang von mehr als 1000 Quadratmeter. Solche Zeitungen, deren Quadratmeter-Fläche bis im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 verringert war, erhalten gewisse Vergünstigungen, während solche Zeitungen, bei denen das Umgekehrte der Fall ist, eine verhältnismäßige Einschränkung erleiden. Alle übrigen Bezirke von „unbedruckten, maschinenglattem, halbkantigem Druckpapier“ müssen sich eine Einschränkung von 15 v. H. ihres im Jahre 1915 bezogenen Quantum gefallen lassen. Die Kontingentierung ist zunächst für die Monate Juli und August festgelegt. Von allgemeinem Interesse ist die Bestimmung, in der Verordnung, welche die Lieferung von Frei- und Werberemplaren verbietet, mit Ausnahme der Freieremplare an Mitarbeiter, Lektoren und Soldatenheimen, die jedoch nicht mehr als ein Exemplar erhalten dürfen. Gestattet wird auch die Abgabe von Selegneremplaren an Interessenten.

Schwurgericht. In der am 20. ds. Mts. beginnenden Schwurgerichtsperiode werden voraussichtlich folgende Sachen zur Verhandlung kommen: Montag, den 26. Juni: 1. gegen den Schneider Karl Meißel aus Dahme wegen Meineides; 2. gegen den Arbeiter Johann Kusch aus Giesow wegen Raubes und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt; Dienstag, den 27. Juni: 1. gegen das Dienstmädchen Hermine Petersen aus Travemünde wegen Meineides; 2. gegen den Küchler Friß Bahls aus Greifswald wegen Straßenraubes.

Hubschleppbare Pakete. Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt: Die Zahl der Postpakete, die weder dem Empfänger unbekannt noch an die Absender zurückgegeben werden können, hat seit einiger Zeit bedeutend zugenommen. Schuld daran ist, daß sich die nicht haltbar genug verpackte Aufschrift der Pakete unterweg abblöht, und daß in den Paketen keine Angaben enthalten sind, die beim Fehlen der Paketaufschrift Auskunft über den Empfänger und den Bestimmungsort geben. Es empfiehlt sich, in die Pakete, bei denen es die Verpackung ermöglicht, oben auf einen Zettel mit dem Namen, dem Wohnort und der Wohnung des Empfängers zu legen.

Antischiff für Kriegsschiffe. Der Verkauf von Okerflocken und Erbsen (Wicken)mehl in den hiesigen Kolonialwarengeschäften und in den Verkaufsstellen des Konsumvereins auf Grund der Kartoffelarten beginnt am Montag, dem 26. d. Mts.

Die Berufsberatung für Mädchen und Frauen und Abt. für Kriegswitwen (von Abt. 4 vom Roten Kreuz) gibt kostenlos Auskunft in allen Fragen der Berufswahl über Erwerb- und Ausbildungsmöglichkeiten. Vom 28. Juni bis 16. August fällt die Mittwochspredigt aus. Die regelmäßige

Sprechstunde findet jeden Dienstag Abend 8-9 Uhr in der Gemerbestraße, Breite Straße 401, statt.

pb. Gefohlene Pühner. In der Nacht zum 21. d. Mts. sind aus dem Pühnerstall eines Gärtners in der Arminstraße vier große braune Pühner gestohlen worden.

pb. Fahrraddiebstahl. Aus dem Fahrradraum der Markthalle ist gestern ein Damenfahrrad Marke „Körner“ mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummern 8888 gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen mit grünen und gelben Streifen verziert. Die Mäntel sind fast neu.

pb. Ein Kinderwagen gestohlen. Aus einem Kinderwagen, der gestern nachmittag in der Zeit von 1-2 Uhr in den Hausflur eines Hauses in der Breiten Straße hingestellt war, ist ein Oberbett, ein Kopfkissen und ein weißes Bettlaken gestohlen worden. Das Oberbett ist aus weiß und rot gestreiften Drell und das Kopfkissen aus rotem Drell gefertigt.

Hamburg. Die Landesorganisation der Sozialdemokratie Hamburgs hielt zwei Versammlungen ab. In der ersten erstattete Genosse Stubbe den Geschäftsbericht, den wir schon auszugsweise wiedergegeben haben. Genosse Stubbe berichtete sodann über die Beteiligung an der Lebensmittelversorgung und verteidigte darauf in längerer Ausführungen die Stellung der Vorstände zur Einstellung der Tätigkeit der alten und zur Gründung der neuen Jugendorganisation. Lediglich die finanziellen Gründe seien für die Einstellung maßgebend gewesen. Sowohl die Parteiführer wie auch das Gewerkschaftsstell hatten die großen Zuschüsse für das Bildungswesen und die Jugendorganisation nicht mehr leisten können. Trotz der Einstellung des Unterrichtswesens seien noch 30 000 Mark jährliche Ausgaben verbleiben. 1909 bis jetzt seien 209 616,70 Mark für Bildungs- und Jugendorganisation ausgegeben worden. Die Mitgliederzahl des Jugendbundes stieg von 800 im Jahre 1909 auf 2633 im Jahre 1914 und fiel 1915 auf 2229. Im weiteren vertrat der Berichterstatter die Beschlüsse des Parteiaussschusses. In der Diskussion beteiligten sich u. a. der Genosse Lindau, der die Stellung der Parteiminorität und Genosse Kahlewey, der Vorsitzende der freien Jugendorganisation, der in halbständiger Redezeit die Stellung der Jugendlichen, die sich in einer neuen Organisation vereinigt haben, vertrat. Abg. Genosse Stolten verteidigte die Haltung der Fraktionsmehrheit. Im Schlußwort wandte sich Stubbe gegen einzelne der vorliegenden Anträge zur Jugendfrage. Darauf kam die oft lebhaft bewegte Versammlung zu den Abstimmungen. Abgelehnt wurde, mit großer Mehrheit, das Verhalten des Vorstandes in der Frage der Jugendorganisation zu mißbilligen und aus der Mitte der Versammlung eine Kommission zu Einigungsverhandlungen zu wählen. (Die Vorstände haben eine solche Kommission bereits gewählt.) Angenommen wurde mit großer Mehrheit ein Antrag, der freien Jugendorganisation das Gewerkschaftshaus wieder zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ein Antrag, der die zuständigen parlamentarischen Körperschaften und die Zentralstelle für die arbeitende Jugend auffordert, dahin zu wirken, daß den zum Heere eingezogenen Lehrlingen die weitere Lehrzeit erlassen wird, sofern sie zwei Jahre gelernt haben. Ein anderer Antrag weist auf die Jugendwehrbestrebungen hin und fordert demgegenüber die Arbeiterkassen und ihre Vereinerungen auf, mit allen Mitteln für Kinder- und Jugendhaus, insbesondere den Sechsstundenstag für alle Arbeiter unter 18 Jahren einzutreten. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

Altona. Ein Liebesgabenräuber. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der vielfach und schwer verurteilte Arbeiter Holz abermals wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu verantworten. B. drang am 22. Februar 1916 in Binneberg durch eine unverschlossene Kellertür in ein unbewohntes Haus, in dem sich ein Lager von Liebesgaben für das Rote Kreuz befand. In der Tür des Warenlagers steckte ein Schlüssel, mit dem er den Raum öffnete und aus diesem Leberpasteten, Rauchfleisch, Konserven und Zigarren stahl. Dann schloß er den Raum wieder ab und steckte den Schlüssel auf eine andere Tür. Zweimal wiederholte er den Besuch. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen wurde auf 1000 Mark geschätzt. Drei Tage nach seinem letzten Besuche wurde er in Hamburg mit einem Saß angehalten, in dem sich Leberpasteten befanden. Er räumte dann den Diebstahl ein und gab gleichzeitig an, daß er die Waren im Kleinen an eine ganze Reihe von Personen verkauft, zum Teil auch verschenkte. Der Staatsanwalt beantragte im Hinblick auf die große Gemeinheit der Handlungsweise eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren sechs Monaten. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Garburg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich hier auf dem Rangierbahnhof in der Rönneburg. Ein Rangierer, der mit dem Abkuppeln von Wagen beschäftigt war, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er an den Folgen bald darauf verstarb.

Elmsborn. Großfeuer. Das Gewese des im Felde stehenden Landmannes Johann Krufe im benachbarten Gainholz brannte gestern früh total nieder. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Einige Kälber und Jungschweine sowie die Pühner fielen den Flammen zum Opfer. Es wird Brandstiftung vermutet. Das Feuer entstand in der Scheune und pflanzte sich rasch über den Viehstall und das Wohnhaus fort.

Bremen. Aus der Bürgerkass. Die bremische Bürgerkass. genehmigte in ihrer Sitzung am 21. Juni einstimmig abermals vier Millionen Mark für die Kriessfürsorge. Somit hat der bremische Staat für diesen Zweck 13 1/2 Millionen Mark gegeben. Diese Gelder wurden bezw. werden gebraucht für Zuschuß an Kriegerfrauen, Anschaffung billiger Lebensmittel für Minderbemittelte, Speisung für Arbeitslose usw. Die Lebensmittellkommission teilte mit, daß eine Massenpeisung eingerichtet wird, die ohne Beschränkung von jedermann benutzt werden kann. Als Vorbild diene die Hamburger Einrichtung.

Bremen. Die Bremer „Arbeiterpolitik“ eine Wochenchrift. Die „Bremer Bürgerzeitung“ teilt mit, daß die im Entstehen begriffene linksradikale Bremer „Arbeiterpolitik“ nicht eine Konkurrenz gegen sie darstellen werde, sondern eine Wochenchrift nach Art der Münchener „Globe“ (Barons-Häntch) werden soll. Zu den Gründern gehören auch drei Mitglieder der Preßkommission der „Bremer Bürgerzeitung“, von denen das eine, Dammat, die „Arbeiterpolitik“ verantwortlich zeichnen soll. In einem eifrig vorbereiteten Werbeaufsatz wird gegen die „sozialpatriotisch“ und „sozialimperialistisch“ gewordenen Führer der sozialdemokratischen Bewegung gewettert und als Zweck der „Arbeiterpolitik“ die geistige Orientierung im Sinne des Sozialismus, die Aufhebung der Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse der Proletarie, des grenzenlosen Verrats der Faktionen an den Grundlügen des Sozialismus“ bezeichnet. Schließlich wird angekündigt, daß die „Arbeiterpolitik“ eine blanke, vor fei-

nem Kost des Kompromisses angegriffene Waffe bieten wird.“ Der Dieb gegen die „Neue Zeit“ und die ganze linksstehende Parteiliteratur ist unverkennbar.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Bergarbeiterlöhne im Bezirk Dortmund betragen im 1. Vierteljahr 1916 für eigentliche Bergarbeiter 7,62 Mk., sonstige unterirdisch Beschäftigte 5,15 Mk. und für Tagesarbeiter 4,94 Mk. Der Hauerlohn stand mit 7,91 Mk. pro Schicht am höchsten im Bergrevier Gelsenkirchen, am niedrigsten im Bergrevier Witten mit 6,94 Mk. Es muß zwar anerkannt werden, daß gegenüber anderen Gebieten im Ruhrrevier die Bergarbeiterlöhne hier am meisten gesteigert wurden, doch muß auch dabei in Betracht gezogen werden, daß gerade in diesem großen Industriebezirk die Lebensmittelpreise eine ungeheure Höhe erreicht haben. Dem Verbands der Bergarbeiter haben es die Ruhrbergarbeiter insbesondere zu verdanken, daß ihre Löhne gestiegen sind. Einen Ausgleich zur Teuerung bilden sie noch lange nicht.

Niedrige Löhne für städtische Arbeiter zahlt die Leipziger Stadtverwaltung. Nach Mitteilungen des Bauarbeiterverbandes zahlt sie einem Teil der Maurer 25 Mk. Wochenlohn, wovon noch der Beitrag für die Invalidenversicherung abgeht; andere erhalten 5 Mk. Tagelohn. Da der jetzige Tariflohn für Maurer in Leipzig einschließlich der Kriegszulage 83 Pfg. pro Stunde oder 43,57 Mk. pro Woche beträgt, „part“ der Leipziger Rat an jedem Arbeiter wöchentlich 18,57 Mk. resp. 13,57 Mk. Von sozialer Einsicht oder Wohlwollen zeugt eine derartige Knäuserei nicht.

Kommunales.

Gemüse-Trockenanlage. Der Landkreis Solingen ist dazu übergegangen, eine Gemüse-Trockenanlage nach dem System der Maschinenfabrik Friedrich Haas, Lennep, einzurichten. Der zunächst in kleinerem Umfang, aber für Vergrößerung vorgesehene Betrieb wird einer bestehenden Krautfabrik in Rheindorf bei Opfaden angegliedert. Das Unternehmen hat eine genossenschaftliche Grundlage und soll der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden. Ein schon bestehender Gemüsebauverein läßt die in dem Kreise anfallende überschüssige Gemüse-Produktion in Rheindorf zu Dörrgemüse verarbeiten, während andererseits der Unternehmer verpflichtet ist, allen Kreis-Einwohnern, die sich dieserhalb an ihn wenden, jedwede Gemüsemenge zu einem vorteilhaften Preise zu Dörrgemüse zu verarbeiten.

Die Lebensmittelversorgungsgesellschaft der Stadt München hat für den Fall besonderen Bedürfnisses 100 000 Pfund Bohnen zur Abgabe an die Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Diese Bohnen werden von morgen ab zu je ein Pfund an die Bevölkerung abgegeben. Der Preis beträgt für das Pfund 30 Pfg.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Bezleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Ausschuss für Kriegshilfe.

Der Verkauf von Haferflocken u. Erbsen-(Wicken-)mehl in den hiesigen Kolonialwarengeschäften und in den Verkaufsstellen des Konsumvereins auf Grund der Kartoffelkarten beginnt am Montag, dem 26. d. Mts. (2952)

Nach langem schwerem Geben erkrankte Donnerstag mitag 21. Uhr in seinem 66. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter transportabler Vater, Schwieger- und Großvater:

Johann Meier.

Hier beinaht von allen, die ihm nahe standen.

Johanna Meier geb. Grimm a. Linden a. Entelkindern. Abend, Donnerstag 20. I. Beerdigung Dienstag. Beginn der Trauerfeier 4 Uhr in der Kapelle des Rotescher Friedhofes. (2956)

Übernehme noch

Umzüge.

F. W. Tietz,
Pelzerstr. 24.
Fernsprecher 1765-2958

Sir kauft laufend:

Stachelbeeren
Johannisbeeren
Kirschen
Himbeeren
Erdbeeren

sowie alle anderen Sommerfrüchte.

Frehrs & Schmitz,
Gindensstraße 18. (2955)

Deutscher Metallarbeiterverband

Seelsorgestelle Lübeck.

Am 1. Juni fiel auf dem Gräberfeld am Lagerplatz des „Hilfsdienstes“ der Metallarbeiter

Willy Buck.

Hier ruht bewußt ein ehrenvolles Andenken der

(2954) Die Ortsverwaltung.

Ba. fettes Rindfleisch

Pa. frische Blutwurst = 200

Karl Lohrtz, 14-16 (2959)

Taschenuhren
Wanduhren
Goldwaren
Silberwaren
Verlängerungen
Willi Westphaling.

32 Helmsstraße 32
Reparaturen billig.

Mehrere Maler oder Anstreicher

für Gipsarbeiten gesucht.

(2957) Hildestraße 49, I.

Gesucht ein

Schmiedebesetzung

zu Geseh. eines Schmiedes.

L. Beckh, Hildestraße 9.

Katalanischer Kinderwagen

zu verkaufen.

(2959) Hildestraße 22-24, II. rechts.

Speise - Rübol

und Kumpfgrünkraut gef. u. s. w.

Maismehl

haben hier täglich von 9-12 und 3-5 Uhr.

Kumpfgrünkraut u. s. w. in der Hildestraße 11

7 Uhr abends

(2958) Hildestraße 73. Geseh. 2958.

Deutsch - Polnisch

Sprachbücher für Feldkassen.

— Preis 15 Pfg. —

Beckh, Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Kaufen Sie jetzt Ihren Bedarf!

Wir empfehlen preiswert:

Kleiderstoffe - Baumwollwaren - Unterzeuge - Anzugstoffe
Herren-Anzüge - Paletots - Joppen - Hosen.
Damen-Kostüme - Mäntel - Röcke - Blusen.

Bis 1. August verkaufen wir **20%** der Bestandaufnahme.

Ehlers & Reetwisch, Lübeck, Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

Erben kommt zur Ausgabe

Der Wahre Jacob

Humoristisch-satirische Zeitschrift

Alle 14 Tage erscheint eine Nummer.

Preis 10 Pfennig.

Bestellungen durch die Zeitungsträger sowie durch die Expedition unseres Blattes.

Karten v. östlichen Kriegsschauplatz

sind wieder vorrätig.

Preis **40 Pfennig.**

Verlag des „Lübecker Volksboten“

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt Otto Albers Kohlmarkt
4. Otto Albers 10.

z. B. kompl. Betten v. 12, 50, 100 u. 150 Mk. an
jedem der Wd. v. 45, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Stadthallen-Sommertheater

Freitag, 23. Juni 1916:
Das Dreimäderlhaus.
Operette nach Franz Schubert.
Sonnabend, 24. Juni 1916:
Anfang 6 Uhr
(Ende gegen 11 Uhr):
4. Volkstüml. Konzert
Musikal. Leit.: Dr. J. Hartzum
Eintritt 20 Pfg.
Bei ungenügender Witterung findet das Konzert im weißen Saal statt.
Inhaber von Eintrittskarten zu der Abendvorstellung haben zu dem Konzert ebenfalls freien Zutritt.
Abends 8 Uhr:
(Zum letzten Mal):
Der Strom.
Schauspiel von Max Halbe.
Sonntag, 25. Juni 1916:
Das Glöckchen.
Operette von Reimann u. Schwarz.
Beginn der Vorstellungen 8 Uhr. (2951)

Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt.
Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Volkstüchle. 2949

Sonnabend, 24. Juni: Kohl-
suppe, Wurst und Kartoffeln.
Sonntag, 25. Juni: Fleisch-
suppe mit Nudeln, Schinken
und Kartoffeln.
Montag, 26. Juni: Unbestimmt.
Dienstag, 27. Juni: Grauw-
suppe, Kartoffeln, Nudeln mit
Kumpott.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Bestandsaufnahme der Lebensmittel.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts, v. Batocki, veröffentlicht im „Berliner Lokal-Anzeiger“ einen Artikel aus seiner Feder, in dem er seine Ansichten und Absichten, besonders über die Bestandsaufnahme von Lebensmitteln äußert. Er erklärt, es seien ihm so viel Ansichten und Rathschläge von allen Seiten unterbreitet worden, daß er es für richtig halte, seine eigenen Ansichten der Öffentlichkeit vorzulegen; für jede vernünftige Kritik sei er dankbar. Die Frage einer allgemeinen Aufnahme der Lebensmittelbestände, fährt er fort, nicht nur in gewerblichen Betrieben, sondern auch in Haushalten, beschäftigt die Öffentlichkeit sehr lebhaft. Manche versprechen sich davon den Erfolg, daß massenhaft gehamsterte Lebensmittel zutage treten werden und der Allgemeinheit zugeführt werden können. Das ist aber nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht anzunehmen. Selbst die mit großen Erwartungen betriebene Bestandsaufnahme der Fleischwaren und Fleischkonserven in den Handelsbetrieben in ganz Deutschland hat nur ganz geringe Mengen ergeben, weil die Konserven seinerzeit zum weit überwiegenden Teil für Heereszwecke verbraucht worden sind. Die Vorbereitungen für die Nahrungsmittelaufnahme, speziell auch der Vorräte in Beamten-, Kommunal- und Bezirks-Einkaufsgenossenschaften werden getroffen. Es muß alles gründlich vorbereitet werden. Nichts ist verfehlter als eine oberflächliche Aufnahme. Es wird nicht daran gedacht, die durch die Aufnahme festgestellten Mengen etwa alle fortzunehmen und zu vertreiben. Hat sich also jemand noch für mehrere Monate mit Vorräten eingebedeckt, so wird er diese ruhig behalten dürfen, gleichviel ob es Fleischwaren oder sonstige Lebensmittel sind. Voraussetzung ist nur, daß keine sinnlose Hamsterei, womöglich von verderblichen Waren und kein Verdacht vorliegt, daß mehr als für den eigenen Haushalt nötige Waren zu Spekulationszwecken aufgehäuft werden. Dann muß dabei berücksichtigt werden, daß die Landwirte, die oft aus großen Entfernungen Lebensmittel heranziehen, sich stärker eindecken müssen als die städtische Bevölkerung.

Kündigung des deutsch-italienischen Handelsvertrages.

Dem „Berl. Lokalanz.“ wird aus Lugano telegraphiert: Der Handelsbeirat der italienischen Botschaft in Paris Graf Sabini erklärte dem Pariser Korrespondenten der Turiner Stampa, die Resultate der Wirtschaftskonferenz seien von solcher Wichtigkeit, daß hinter ihr alle Ereignisse der letzten Zeit, auch die militärischen, die russische Offensive und die italienische Ministerkrise verschwinden. Noch ist nicht alles fertig, aber die Straße für die hundertjährige ökonomische Allianz ist geebnet. Das wichtigste Resultat für Italien ist, daß von nun an jede wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland aufgehört hat. Er verrate kein diplomatisches Geheimnis, wenn er mitteile, daß das Kabinett Salandra bereits beschlossen habe, den Handelsvertrag mit Deutschland zu kündigen. Nach der Pariser Konferenz hat dieser aufgehört zu existieren. Italien ist frei von allen Verpflichtungen gegenüber den Zentralmächten und kann auch keine neuen mehr eingehen. Es kann jetzt nur seine wirtschaftliche Politik entschlossen an die Verbündeten anlehnen. Die Tatsache ist unwiderruflich.

Das „große Landübel“.

Gegen die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft erhebt der nationalliberale preussische Landtagsabgeordnete B a c m e i s t e r in der „Berl. Märkischen Zeitung“ neue Vorwürfe. Er sagt, daß die Z. E. G. in ganz Westdeutschland nur noch als das große Landübel empfunden werde. Herr von Batocki möge kurzen Prozeß mit denen machen, die Schuld daran tragen. B a c m e i s t e r schreibt dann weiter:

Der Wermoff.

Roman von Wilibald Alexis (W. Göring).

(Schluß.)

Auch die alte Bredow fand Mustulus in Tränen. Weinen war doch nicht ihre Art, auch als sie sehr alt wurde. Aber der junge Kurfürst hatte den Sarg seines Vaters aus der Gruft zu Lehnin fortziehen lassen und nach Cölln in die Denkikirche bringen, wo er unter einem messingenen Leichenstein gesetzt war. Die in Lehnin waren außer sich; war das der Lohn dafür, daß der Alt-Valentin so für die Reformation gewirkt, daß es unter den Königen bis zu blutigen Köpfen und Beulen gekommen war! Der Kurfürst tat es, sagte man, damit sein Vater unter einem Gottes-hause ruhe, wo die reiner Lehre gepredigt ward: in Lehnin schlug noch marderger Eiferer für die alte auf die Kanzel. Aber lagen seine Vorfahren nicht auch hier? Ihnen dünkte es eine Entweihung, ein Frevel gegen die Toten, ein Hohm gegen den festigen Kurfürsten. Warum ihn wegnehmen von seinen Vätern, und ihn, der dem alten katholischen Glauben so treu angehangen, in die neue protestantische Gruft bringen! Wollten sie die Leiche noch befehlen! Ach könnte ein Cisterciensermönch von damals herabbliden auf die Ruinen seines Klosters; wie ist der Frevel gerächt! So haben sie gewirksamkeit, nicht oben nur, auch unten, daß kein Sarg mehr, kein Leichenstein zu finden. Man weiß nicht einmal mehr, unter den halbverschütteten Weins-, Bier-, Branntwein-, Wildpret- und Eistekern, wo das Gemölbe gewesen, darin die Askantier und die Hohenzollern geruht!*

Die alte Bredow weinte darum, daß ihr Herr nun nicht bei seinem Fürsten schlummern sollte, dem er so treu gedient. Ja, wären alle seine Diener wie der gewesen, dachte sie, es würde besser um das Land! Sie weinte noch um einen anderen Toten,

*) Doch geschieht von den gegenwärtigen Besitzern des Amtes Lehnin, den Herren v. Köbel und v. Uebel, was in ihren Kräften steht, die Ruinen zu erhalten und bei neueren Bauarbeiten die selben sowohl dem Charakter der bestehenden Gebäude anzupassen, als auch bei Aufgrabung des Bodens die verlorenen Spuren der älteren Gebäude zu verfolgen; ein rühmliches Bestreben, welches leider von wenigen Privatbesitzern aller berühmter Schlösser und Klöster verfolgt wird. Lehnin war durch Jahrhunderte, nach Aufhebung des Klosters, ein Jagdschloß der Kurfürsten, vorzugsweise vom großen Kurfürst Friedrich Wilhelm besucht und bewohnt. Die letzte Verwüstung der Bauwerke des eigentlichen Klosters und der Kirche fand unter Friedrich des Großen Regierung statt; nicht absichtlich, sondern man brach die sehr großen und festen Steine ab, um sie beim Bau anderer Häuser zu benutzen. Spät- und Geopfergeschichten mancher Art kurzweilen noch jetzt, und mehr als in Sagen der Vorzeit.

„Daß die Z. E. G. große Mengen Waren aus dem Ausland hereinholt, wird nicht bestritten. Es wäre auch noch schöner, wenn sie, der alle Rechte in dieser Richtung gegeben sind, das nicht täte. Daß sie hier und da Preistreibereten im Ausland verhindert, steht wohl auch fest. Auch daß sie günstig auf die Gestaltung der deutschen Valuta eingewirkt hat, mag zugegeben werden. Das alles aber ist kein Grund, daß sie sich nun mit dem Eigenlob überhäufte und immer schlimmere Diktatormanieren annehmen dürfte.“

Gibt es in Deutschland eine Privatgesellschaft, die sich solche Dinge nachsehen ließe, wie sie öffentlich der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft nachgelagt worden sind? Wenn Herr Alexander Suhmann von der Z. E. G. der Firma Knorr ihre Reissvorräte beschlagnahmt und Herr Alfred Suhmann dann „auf Veranlassung meines Herrn Alexander Suhmann“ Knorr eine Menge Reis zu hohen Preisen anbietet, mag, wenn das öffentlich gedruckt wird und kein Hahn danach kräht, dann sind das denn doch Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Warum beschlagnahmt Herr Alexander Suhmann denn bei Knorr, aber nicht bei „seinem“ Alfred Suhmann? Geht denn diesen Leuten jedes Gefühl für das Wesen solcher Operationen ab? Auf der Z. E. G. sitzt auch noch der Vorwurf, daß sie eine G. m. b. H. unter ihren Mitgliedern gegründet hat, um sie aus dem Lande beschlagnahmten und aus dem Ausland hereingeholten Waren höchstpersönlich mit Vorräten zu versehen. Man denke die Sache wohl durch! Das wäre genau so, als wenn Oberbürgermeister, Polizeibeamte und Stadträte einer Stadtverwaltung sich aus den Einkäufen der Nahrungsmittellieferanten zuerst einmalt reichlich für ihre Haushaltungen versehen wollen.

Neuerdings ist der Z. E. G. in der Presse der Vorwurf gemacht worden, daß ihre Einkäufer in Belgien große Mengen Gemüse in Holland meistbietend verkauft haben; andere schwere Vorwürfe wurden erhoben. Und trotzdem hört man nichts von Maßnahmen gegen diese höchst sonderbare Gesellschaft.

Wenn so etwas ein B a c m e i s t e r schreibt . . .

Die Projizierer auf Schlechweg.

Die Wucherer und Volksausbeuter wissen immer wieder die gegen den Wucher erlassenen Bestimmungen zu umgehen. Wir lesen in der freikonservativen „Post“:

„Im Anzeigenteil mancher Zeitungen erscheinen jetzt, wo den letztenmäßigen Kauf- und Verkaufsangeboten der Zugriff des Gesetzgebers droht, vielfach Tauschanerbietungen. Eine Reihe solcher liegt vor, wo Händler alle möglichen Waren gegen Zucker, z. B. Fleisch einzutauschen suchen. Es nicht zu erwarten, daß sie scharfer sich die Verordnungsorgane um den Kettenhandel legt, um so weitgehend die Umgehungsform des Tauschgebotes verurteilt werden wird. Um Umgehungsformen handelt es sich hier zweifellos. Einmal infolgedessen Höchstpreisbestimmungen umgangen werden sollen. . . . Soweit ein unerlaubter Verkehr mit beschlagnahmter Ware sich durch die Tauschangebote vollzieht, sind gesetzliche Handhaben gegen ihn vorhanden z. B. in den Strafbestimmungen der Bestandsaufnahmeverordnungen. Im übrigen ist zu hoffen, daß die bevorstehenden gesetzlichen Bestimmungen, die den Wucher und Kettenhandel treffen sollen, nicht so lächerlich sein werden, daß der gemeinshädliche Handel in der veränderten Form des Tausches sein Wesen weiter treiben kann.“

Volkschule und höhere Schule.

Das deutsche Philologenblatt enthält folgende Bemerkung:

„In der Presse finden sich zahlreiche Besprechungen eines Erlasses, den der preussische Kultusminister über die Frage, wie den Volksschülern der Uebergang zur höheren Schule erleichtert werden kann, angeblich veröffentlicht hat oder zu veröffentlichen beabsichtigt. Da es bis jetzt, wie von zuständiger Seite festgesetzt worden ist, einen solchen Erlass nicht gibt, sollen alle näheren Angaben darüber in sich zusammen. Erst wenn die im Ministerium augenscheinlich nachschwebenden Verhandlungen und Erwägungen zum Abschluß gelangt sind, und wenn ein dahingehender Erlass tatsächlich vorliegt, wird es an der Zeit sein, weitere Mitteilungen über diese Angelegenheit zu machen.“

Die „West. Zeitung“ bemerkt hierzu: Wir haben mitgeteilt, daß ein Erlass über den Aufstieg der Volksschüler in Vorbereitung ist, und halten auch nach dieser Berichtigung daran fest, daß ein solcher Erlass sich in Vorbereitung befindet.

den Knecht Ruprecht hatte sie begraben. „Sterben müssen wir alle, daß ist es nicht, und er war alt und gut und eines frohlichen Aufstehens gewiß, aber auf seinem Totenbette hatte er ihr eine Sünde vorgehalten. Frau Brigitte eine Sünde! Und horte der Knecht es wohl nicht zu genannt, aber schwer lag es ihr doch auf dem Herzen, das sie gegen Mustulus ausschütete. Sie hatte, zur Erinnerung an den treuen Knecht ihres Herrn, den Kaiser, unten am heimlichen Denkmal ihres Mannes einen Hund ausbauen lassen, mit einem Gesicht wie Kapars. Nun war zwar Kaiser seinem Herrn wie ein Hund im Leben gefolgt, aber war das recht und gottgefällig, daß sie einen unerbittlichen Menschen, als welcher ein Knecht doch auch ist, als ein Tier abbilden ließ? Der Knecht hatte es ihr ins Gewissen gerufen, und das quälte sie allein, und sie wollte den Hund wieder fortbauen lassen. Mustulus billigte es, denn wiewohl mancher Mensch nicht viel mehr ist als ein Hund gegen seinen Herrn, so wären wir doch alle gleich vor dem Herrn im Himmelreich und seinem Sohn, der uns erlöst hat.“

Nur von einem begriff er's nicht, warum der auch betrübt war, einem, den er eben ordiniert zum Pfarrer auf dem Lande.

„Mensch, was fehlt dir denn noch?“ sprach Mustulus. „Nach deinem curriculum warst du zuerst ein Schmiedegesell, und weil du nichts dazu taugtest, wurdest du ein Kapuziner, und weil du auch dazu nicht taugtest, denn du plauderdest aus, was du nicht solltest, wurdest du ein Silberstürmer oder Wiedertäufer, und da schlugst du so ungeschickt los, daß du beinahe deinen eigenen Herrn und Anführer erschlagen hättest. Jetzt haben wir dich in der Rot ordiniert, und dir ad interim eine Pfarre gegeben, weil wir keine besseren haben, und du kannst wenigstens schreiben und singen, und wenn du die Bibel sprüche, die du auswendig weißt, hintereinander herfragst, klingt's doch wie eine Predigt. Solch ein Glück hättest du dir ja nicht träumen lassen dürfen bei deinem schwachen Intelligenz. Warum bist du also betrübt. Ich hoffe doch nicht, daß du noch an deiner letzten Torheit, der Silberstürmerei, hängst?“

„Ach gnädigster Herr Superintendent, die haben sie mir rein ausgetrieben, als sie mich bei Spandow fingen. Da ich, und nachher in Berlin, prügelten sie mich, daß nichts von ihr in mir blieb. Ein anderer hätte es auch gar nicht ausgehalten.“

„Aber was willst du? Du hast ein Gedächtnis wie die Elster, du kannst nachsprechen. Tu dich um und höre bei guten Predigern, und dann sprich die Predigten nach vor deiner Gemeinde. Das ist das Beste. Tu nichts von deinem zu, so hören sie Gutes. Ich weiß wohl, wie du deine Schmiederei nicht verlernen kannst, aber vor deinen Bauern schadet es nichts, wenn du zu stark losstichst. Sie haben ein dickes Fell. Inzwischen wird es wohl besser im Land werden, und wir ziehen uns unsere Prediger. Was meinst du also noch, die Pfarre ist zwar mager, aber dich nährt sie.“

Halboffizielle Erklärung gegen Kapp.

Zu dem Vorgehen des Generallandschaftsdirektors Kapp und der konservativen Fronde nimmt jetzt auch die „Nordd. Allgem. Zeitung“ Stellung. Sie veröffentlicht an der Spitze des Blattes folgende Erklärung:

„Durch das in die Presse gelangte Rundschreiben des Generallandschaftsdirektors Kapp ist eine erneute Erörterung des Falles hervorgerufen worden. Die Presse beschäftigt sich insbesondere mit den Eingangssätzen der Kappischen Erklärung: „Herr Kapp hat der Politik des Herrn Reichsfinanzlers den Vorwurf der Unfähigkeit und Schwäche gemacht. Der Herr Reichsfinanzler hat gegen Herrn Kapp persönliche Schimpfworte gebraucht.“ Diese Darstellung des Sachverhalts wird in einer Reihe von Zeitungen abgelehnt. Die „Kreuzzeitg.“ dagegen tritt ihr bei, indem sie erklärt, Herr Kapp sei tatsächlich persönlich schimpflich worden. Das Blatt unterläßt eine Prüfung der Frage, ob die Kappische Denkschrift nicht weit über jede zulässige Kampfesweise hinausgegangen ist. Dadurch werden folgende Angaben nötig:

Die Kappische Denkschrift behauptet, die Handhabung der Zensur erwecke den Eindruck, daß sie weniger in den Dienst der Vaterländischen Sache, als in den der gegenwärtig an leitender Stelle befindlichen Männer gestellt wird, zum persönlichen Schutz gegen Angriffe, denen sie wegen ihrer Haltung auf politischem und wirtschaftspolitischen Gebiet ausgesetzt sind.“

Die Denkschrift spricht von dem Gefühl der vaterländischen Kreise, daß die politische Leitung ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei und fährt fort: „Der Reichsfinanzler beruft sich demgegenüber auf die unbedingt notwendige Eingetret des Volkes, das in solcher Zeit voll Vertrauen hinter ihn stehen müsse. Die Parole „Eingetret“ hängt an bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen wie einst im Jahre 1806 das nach Jena gefallene staatsverräterische Wort: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.“

Die Denkschrift sagt, das Volk schenke der Vericherung der politischen Leitung, daß nicht Unentschlossenheit, vielmehr nur nüchternste Abwägung aller in Betracht kommenden Momente in der U-Boot-Frage während sei, keinen Glauben mehr. Jetzt hat es erkannt, daß nicht Mut, sondern Mangelmut es ist, der diese Waffe seit über Jahresfrist nicht geführt, sondern immer wieder gehemmt hat.“

Die Denkschrift erhebt ferner die Vorwürfe: „Preisgabe unseres völkischen Ansehens“, „mutlose Unentschlossenheit“, „Ueber-tretung der Grenzen, die der Nachgiebigkeit durch unsere Ehre gezogen sind“ uim.

Hiernach kann niemand über den klaren Tatbestand im Zweifel sein. Es lagen Angriffe unerhörter Art vor, die eine scharfe Abwehr erforderten, im Staatsinteresse, und es geht nicht an, daß man jetzt versucht, den Angreifer als den Beleidigten hinzustellen.“

Einfuhr von Gänzen und Eiern aus Rußisch-Polen.

Mit der organisierten Ausfuhr russisch-polnischer Eier soll am 15. Juli ds. Js. begonnen werden. Besonders hervorzuheben ist, daß die Eier künftig mit dem für den letzten Verbraucher maßgeblichen Verkaufspreise gestempelt werden. Hierdurch wird es, ohne daß der legitime Handel ausgeschaltet ist, den Konsumenten ermöglicht, Preisüberschreitungen im illegitimen Handel zu verhindern. Als Bezugspreis ist zunächst ein Preis von 19 Pfg. in Aussicht genommen.

Dreizehnter Genossenschaftstag.

Unter dem Vorsitz des Verbandsdirektors B a r t h (München) trat am Montag in Hannover der 13. Genossenschaftstag zusammen. Er war von mehr als 1000 Vertretern der Konsumvereinsbewegung aus allen Gauen des Reiches besetzt. Zu der Tagung hatten auch der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Raiffeisenverband und die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, der Zentralverband deutscher Gewerkschaften und viele andere große Organisationen Vertreter entsandt.

Der Vorsitzende begrüßte die Berufung von Dr. August Müller (Hamburg) in das Kriegsernährungsamt, wünschte die Förderung der eigenen Produktion unter gleichzeitiger Stärkung der Kapitalkraft des Verbandes und vor allen Dingen den direkten Verkehr mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Das würde die Krone der deutschen Konsumvereinsbewegung bedeuten. Als erster Redner sprach Johann K a u m a n n (Hamburg) über die Entwicklung des Verbandes. Mit Genugtuung stellte er fest, daß

„Ach hochwürdigster Herr General-Superintendent,“ sprach der lange Barnabas. „es ist nur, was ich neulich von meinem Herrn, nämlich von meinem ehemaligen Herrn, hören mußte.“

„Der Herr Joachim von Bredow, nämlich der ehemalige Frater Genritus,“ sagte Mustulus, „ist von allen seinen Zertümmern befreit; er führt jetzt einen stillen, gottgefälligen Wandel, studiert aufs neue in der Stille Gottes Wort, und wir mögen hoffen, in ihm einen ausgezeichneten Prediger für das neue Licht zu gewinnen.“

„Ach, das ist es eben, Hochwürdigster; ich fragte ihn neulich, wie das so viel durchgemacht, gnädigster Herr, und Ihr noch viel mehr, als ich, was ist denn nun eigentlich das Wahre und das Rechte? Gottes reines Wort, das weiß ich schon, aber das ver-trügst sich doch mit vielem. Wir sollen nicht papistisch sein und nicht wiedertäuferisch und calvinistisch und nicht lutherisch, Gott weiß was alles nicht, woran sollen wir uns denn hängen, aber sollen wir uns an gar nichts hängen? Und ist das Sünde, daß wir uns an das und jenes hängen, und ist das des Teufels? Da lächelte er und sagte: Unsere Art ist ja, daß wir uns an etwas hängen müssen, und wehe dem, wer sich an nichts hängen kann! Wir leben alle nur von Illusionen; aber auch die Illusionen sind Partikel der ewigen Wahrheit und nicht vom Teufel gemacht, sondern sie kommen von dem Her, der Himmel und Erde schuf und uns selber so, wie wir sind. Wer gar nicht getäuscht ward, hat einen langen Weg ins Himmelreich, aber wer sich oft täuschen ließ, kommt schneller zur Erkenntnis. — Und die ehemalige Frau Medistin von Spandow war gerade dazu gekommen, und sie sagte zu ihm: Weiter, es sind doch nicht alles Täuschungen und Illusionen. Die Liebe ist es doch immer, die Himmel und Erde schuf und Himmel und Erde zusammenhält?“

Da ward Doktor Mustulus nachentfacht.

„Und das fuhr mir ins Herz,“ fuhr Barnabas fort. „Denn von der Liebe mußte ich nichts, und weiß auch keine, die mich liebt. Aber nun, Herr General-Superintendent, habt Ihr's mir gesagt, was ich tun muß; ich werde gute Prediger hören, und ihnen nachsprechen, dann kommt die Liebe vielleicht auch nach, denn die Priester dürfen ja heiraten, und ich habe mein Brot, und dann fehlt die Frau auch nicht.“

In einem alten Kirchenbuche findet man die Notiz, daß ein Johannes Joachim von Bredow sich vermählt hat mit der ehemaligen hochwürdigsten Frau Medistin Agnes von Bredow. Hinguzugefügt ist von anderer Hand: Verheirateten sich in reiferen Jahren, führten aber ein irdisches Leben in Wohlsein und christlicher Gesinnung. Könnte noch viel mehr von ihm erzählt, steht in Kirchenbuche, so nicht der, der es wußte, und wir in die Feder diktieren gewollt, just nach Dem reisen gemut. War ein Mann, von dem man allein ein Buch hätte schreiben können. Noch von einer andern Hand ist ein Kreuz bei seinem Namen gemacht und an den Rand geschrieben: Starb als General-Superintendent. Die Jah- rezahl ist verläßt.

es dem Verband gelungen ist, in dem jetzt schon fast zwei Jahre dauernden Bülferingen die Verbandstätigkeit aufrechtzuerhalten. Der Umsatz der Genossenschaften im Betrage von rund 500 Millionen Mark hat sich auf gleicher Höhe gehalten, obwohl eine Million der kräftigsten Konsumenten ihren Familien entzogen ist. Auch hat die Kriegsnut nicht zu einer Verminderung der Spareinlagen geführt. Der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft ist von 157 auf 133 Millionen Mark, also nur um 4 Millionen Mark gesunken. Der Wert der in den eigenen Produktionsbetrieben der Großverkaufsgesellschaft hergestellten Waren stieg von 10,5 auf 19 Millionen Mark. Die Zahl sämtlicher im Reich vorhandenen Konsumgenossenschaften beträgt 2400 mit 2,6 Millionen Mitgliedern, wovon 1 850 000 auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine entfallen. Der Redner schloß seine ausführlichen Darlegungen mit dem Wunsche, daß durch zielbewußte Förderung der genossenschaftlichen Tätigkeit, insbesondere auch durch großzügige genossenschaftliche Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften und der Konsumgenossenschaften eine wirtschaftliche Rüstung des deutschen Volkes geschaffen werden möge, die allen zukünftigen Gefahren gewachsen sei.

In enger Verbindung mit diesem Bericht stand das Referat über die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen, das Dr. Müller (Hamburg) ermittelte. Im Anschluß an die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde eine Entschließung zur Ernährungsfrage einstimmig angenommen, in der u. a. gefordert wird:

„Bereitstellung von Mitteln seitens des Reiches und der Einzelstaaten zu dem Zwecke, den unbemittelten Volksschichten und den durch den Krieg besonders hart betroffenen Berufsgruppen eine ausreichende Ernährung auch auf Grund der Kriegspreise zu ermöglichen.

Zweckmäßige, paratale Verteilung der Nahrungsmittel und uneingeschränkte Durchführung des Grundgesetzes, daß hierbei die Konsumgenossenschaften nach der Maßgabe ihrer Mitgliederzahl und ihres normalen Umsatzes zu berücksichtigen sind. Anerkennung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. H. in Hamburg als geordnete Vermittlerin zwischen den Konsumvereinen und den Kriegsgesellschaften, Kommunalverbänden und anderen Verteilungsstellen.

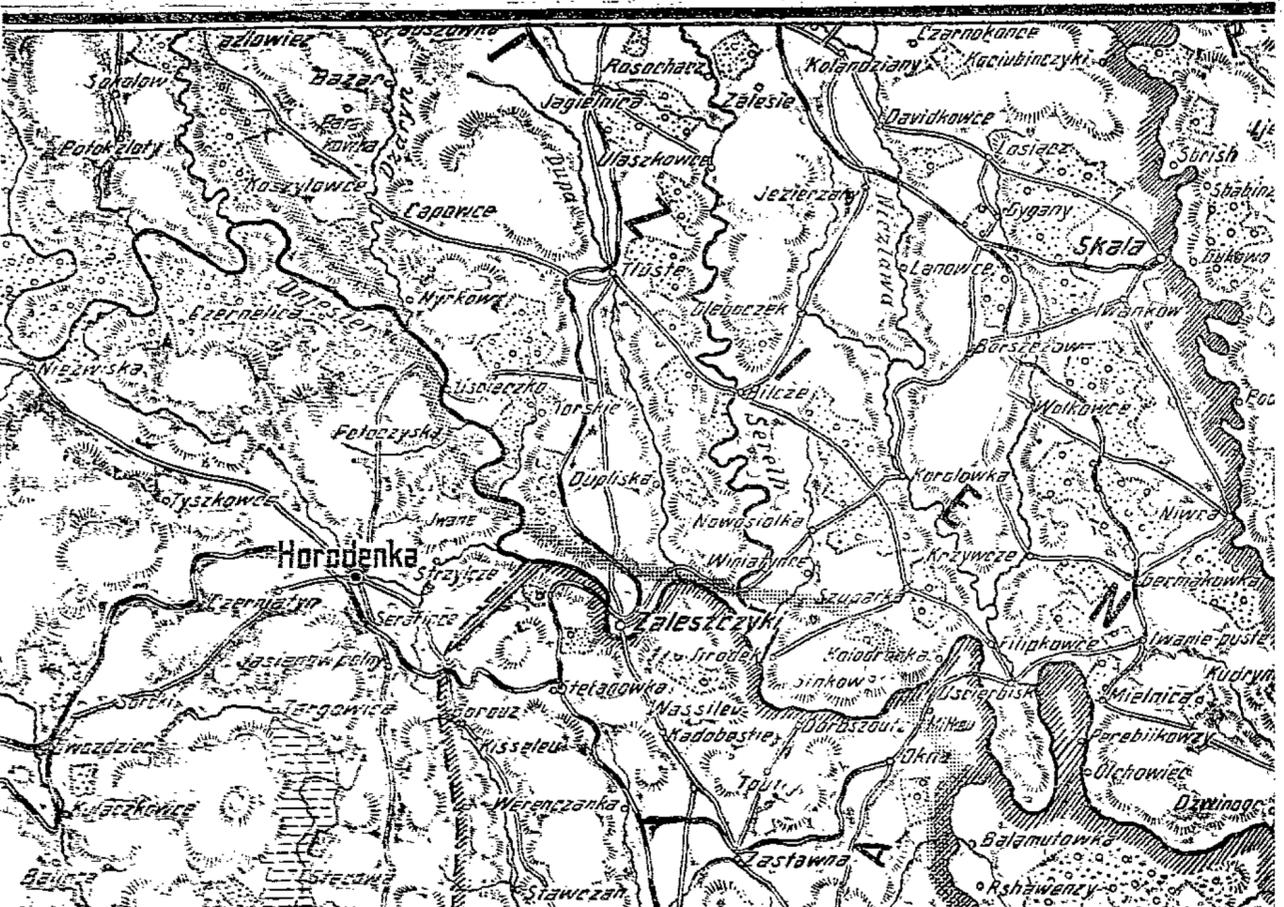
Verhinderung einer Preisgehaltung durch die Kommunalverbände und Gemeinden — wie z. B. bei der Verteilung von Zucker und Teigwaren in vielen Bezirken —, die wie eine indirekte Besteuerung zum Zwecke der Schaffung von Mitteln für andere, nicht mit der Lebensmittelversorgung im Zusammenhang stehende Aufgaben wirkt.“

Die Verammlung genehmigte weiter Grundzüge für eine Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben.

Der zweite Verhandlungstag brachte Berichte über einzelne Einrichtungen des Verbandes, u. a. über den Sparverband, über Erhaltung von Mitgliedern durch Ueberweisung beim Verzug an den Verein des neuen Wohnortes und über die Unterstützungsfälle, die ein Vermögen von über 5 Millionen betrug und der es besonders zur Pflicht gemacht wurde, für die Kriegsteilnehmer zu sorgen. Von allgemeinem Interesse waren noch die Mitteilungen von Lorenz (Hamburg) über den internationalen Genossenschaftsbund. In den letzten Ausschüß dieses Bundes seien Anregungen zu einer Friedensunterstützung gekommen, denen aber nach Lage der Sache keine Folge gegeben werden konnte. Der Redner bemerkte, seine vorjährigen Aussagen, daß der Krieg keine Ursache hauptsächlich in wirtschaftlichen Gegensätzen habe, seien auf den Genossenschaftsversammlungen des Auslandes viel erörtert, aber auch von englischer Seite nicht bestritten worden. Eine verlebende Art der Distanz sei in den Organen des internationalen Genossenschaftsbundes nicht herangezogen und es sei zu hoffen, daß der Bund nach dem Kriege die Arbeit wieder aufnehmen und seine Tätigkeit fortsetzen könne. Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit der Mahnung, zu arbeiten, auszuhalten und auf eine bessere Zukunft zu hoffen. Nach Erledigung noch einiger gewöhnlicher Fragen wurde dann der Vorstandstag mit dem Wunsche auf ein Wiedersehen im nächsten im nächsten Jahre voraussichtlich in Nürnberg, geschlossen.

Aus der Partei.

Die Landeskommission der Parteiorganisation Preußens hat am 21. Juni in Berlin getagt. Die Sitzung war von zwei Sachverständigen besucht worden, um Stellung zu nehmen zu den neuesten Parteiorganisationen. Die Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschüß haben gemeinsam mit dem Vorstand der Gesamtpartei die Parteiorganisation in Preußen zu überlegen. Der geschäftsführende Ausschüß bezieht sich auf den Vorstand, Schriftführer und Kassierer der Berliner Parteiorganisation. Nach Beratung über Berliner Parteiorganisationen ist die am Sonntag folgende Generalsammlung Groß-Berlins zu dem Zwecke bestimmt, um eine Abstimmung der Leitung der Organisation vorzunehmen. In Berliner Versammlungen ist offen ausgetauscht worden, daß die bisherige Leitung der Parteiorganisation der Schriftführer und der Kassierer, befristet werden soll und zwar lediglich deshalb, weil sie der Opposition nicht gewogen ist. Demgegenüber wurde in der Landeskommission von der gewählten Mehrheit die Auffassung vertreten, daß damit nicht zugleich die Parteiorganisation, die sich mit ihrer bisherigen geschäftsführenden Leitung in völliger Unkenntnis befindet, eine neue Organisation aufgegeben werden dürfe. Das würde allerbestmögliche Grundzüge des Parteiprogramms und des Parteizweckes unterminieren. In der Gesamtpartei habe man sich entschieden, während des Krieges nur die notwendigen Veränderungen für den Parteizweck vorzunehmen. Nach im Juni erfolgter Wahlen habe sich die Berliner Parteiorganisation auf diesen Standpunkt gestellt. Solange der größte Teil der Parteimitglieder im Felde sei und am Parteizweck nicht teilhaben könne, wolle er keine Maßnahmen vorgehen lassen. Schluß: Die Berliner Parteiorganisation ist am 21. Juni als die einzige Parteiorganisation in Preußen anerkannt worden. Schluß: Die Berliner Parteiorganisation ist am 21. Juni als die einzige Parteiorganisation in Preußen anerkannt worden.



Die Front im Osten, Dniester-Front

Nichtamtlich Mutmaßliche Stellungslinie W.T.P. 2744

Die Landeskommission ist nach wie vor der Auffassung, daß während des Krieges, der den zum Heeresdienst eingezogenen Parteimitgliedern jede Mitbestimmung in den Organisationsangelegenheiten unmöglich macht, nur die durch Einberufung von Funktionären notwendigen Ersatzwahlen vorgenommen werden sollen. Diese Auffassung ist seit Kriegsbeginn von der Gesamtpartei vertreten und früher auch von der Berliner Parteiorganisation geteilt worden. Es liegt kein Grund vor, jetzt davon abzugehen, wo der weitaus größte Teil der Mitglieder einberufen ist.

Die Landeskommission beschließt, daß die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation bis zum nächsten preussischen Parteitag im Amte bleibt. Die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation hat über ihre Tätigkeit diesem Parteitag zu berichten und ist ihm dafür verantwortlich.

Der erste Abzug der Resolution ist mit 23 gegen 3 Stimmen und der zweite Abzug mit 22 gegen 4 Stimmen angenommen. — Die Landeskommission beschließt, sich dann noch eingehend mit der Lebensmittellage, wobei eine Ueberblick über die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken gegeben wurde. Die vorgetragenen Beschwerden und Vorschläge sollen im Ernährungsbeirat und ebenfalls im Landtag vortreten werden.

Zellw-Beckow. Der Vereinsvorstand des Sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Zellw-Beckow veröffentlicht im „Vorwärts“ eine längere Erklärung an die Mitglieder. Der Vorstand begrüßt darin in ausführlichen rechtlichen Darlegungen den von ihm in der letztjährigen Generalversammlung geltend gemachten Standpunkt, daß beitragspendende Mitgliedsvereine kein Recht zur Teilnahme an der Generalversammlung haben. Man erfährt, was aus dem insofern „Sommer“-Bericht nicht hervorgeht, — daß mit Kantalk neue Verhandlungen des Kreisverbandes im Gange sind, der deshalb die Generalversammlung bis zu ihrem Abschluß vertagt haben wollte. Da sie aber doch stattfand, forderte er namentlich die Abstimmung über die Zulassung der Neuwählten Delegierten für den Nichterforderter Wahlverein, der unter der gebräuchlichen Leitung des „Lichtstrahl“-Voranssehers Julius Beckow, die Beitragsliste beschloß. Die Rechtslage war vollkommen klar. Die Generalversammlung ging über diese Ausführungen zur Tagesordnung über, erkannte die Delegierten von Lichtstrahl und Welterfelle an. Darauf schloß der Vorstand die Versammlung mit der Erklärung, daß er nicht in der Lage sei, Entscheidungen zu unternehmen, die auf Beitragsliste und sonstige Mitgliedschaften ausgehen. Schließlich erklärte der Kreisverband, daß die zurückgetretenen Delegierten der geschlossenen Generalversammlung nicht berechtigt wären, in ihrer Veranfassung für die Organisationsangelegenheiten bindende Beschlüsse zu fassen. Sie haben für die Mitglieder des Kreiswahlvereins keine Gültigkeit. Die Angelegenheit der Beitragsliste und ihre Berechnung erfolgt nach wie vor nur durch die Kreisorganisation. Der Kreisverband, als der allein dem Vorans, wird unter Wahrung der formalen Bestimmungen, sobald die Umstände es gestatten, eine neue Kreisorganisation vorbereiten und die Entscheidung der Mitglieder anrufen. Eine ausführliche Darstellung des parteiorganisatorischen in der Beitragsliste sich befindenden Treibens im Kreise und der Mitglieder umgehend übermittelt werden.

Revisions-Bermerzung. Im Winter d. J. war Gen. Dr. Ernst Meyer wegen Herausgabe der Großjüden „Wer hat die Schuld am Kriege?“ und „Der Annektionswahnsinn“ zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden, die durch die dreiwöchige Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Die von den Verteidigern eingelegte Revision ist nun vom Reichsgericht in einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundenen Verhandlung verworfen worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Zum Tode verurteilt. Das Weimarer Schwurgericht verurteilte den Knecht Otto Brüdner, der am 14. April d. J. seine Geliebte Anna Swanduske durch Ertränken im Wasser der Gramme getötet hatte, zum Tode. Brüdner war geständig.

Aus Nah und Fern.

Ein undudjamer Kirchenvorstand. Einer Kriegerfamilie in Niedertokla bei Upolna, deren Mann seit dem Juli 1915 zum Heeresdienst eingezogen ist, die sieben Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren zu ernähren hat, und eine Kriegsunterstützung pro Monat von 82,50 Mk. erhält, wurde folgendes Schreiben zugesandt:

Niedertokla, den 7. Juni 1916.

An Frau K. hier.

Da das Rechtgeld für das von Ihrem Manne gepachtete Pflanzgrundstück seit vorigem Jahre zum größten Teile noch nicht an mich gezahlt worden ist, so hat der Kirchengemeindevorstand nunmehr beschlossen, das Pachtverhältnis sofort aufzulösen. Sie dürfen also das Grundstück nicht mehr betreten, auch nicht durch andere abernten lassen. Dr. Engler.

Die Frau schuldet der Kirchengemeinde für einen Acker Land die Pacht. Sie hat 1/2 Acker mit Kartoffeln und Gemüse, 1/2 mit Gerste, wo die Ausfaat allein 15 Mk. kostete und das übrige mit Klee bestellt, auch trug sie die Kosten der Düngung und des Bewässerns. — Alles soll jetzt vergeblich gewesen sein. War der Einfluß des Herrn Pfarrers beim Kirchengemeindevorstand nicht so groß, um eine andere Regelung der Sache zu ermöglichen? Was lehrt die Bibel? „Seid ihr die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.“ (Matth. 5-7.)

Landräthliche Mahnungen an Landwirte. Der Landrat des Kreises Osthavelland erlucht in öffentlicher Bekanntmachung dringende von Herausgabe der entbehrlichen Kartoffeln. Er droht bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen mit Strafen und Anragswegnahme, sowie mit großen Geldstrafen für die Verhinderung von Uebertretungen: „Die Not ist in einzelnen Bezirken wirklich äußerst groß! Jeder helfe jetzt dem Vaterlande über den Monat Juni hinweg, was nicht durch Schelten geschieht, sondern mit Tatkraft und Opfern!“ — Eine ebenso ernste Mahnung trübt der Landrat des Kreises Demmin besonders an die Reklamierten und sonst Dahemgebliebenen. Es heißt in dem Erlaß: „Zu meinem Bedauern habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß meine Anregung, die Lieferung von Kartoffeln für die notleidenden Städte als Ehrenpflicht anzusehen, nicht allseits das richtige Verständnis gefunden hat. Ehrlos wäre es, wenn Reklamirte und Zuwahlgebliebene aus Faulheit und Bequemlichkeit nicht alles daran setzten die dringend angeforderten Kartoffeln möglichst zahlreich und rasch zu liefern, da es nur so möglich ist, unteren bescheidenen Teil dazu beizutragen, die Pläne unserer Feinde zunichte zu machen.“

Durch Schlangenbiß getötet. In dem Dorf St. Michel-Maurienne (Savoie) wurde ein achtzigjähriger Greis von einer Wiper in die Hand gebissen. Er verstarb während des Transportes nach dem Spital.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
 Seite Nr. 3 der aus Rußland zurückgeführten Preussischen Austausch-Gefangenen.
 Preussische Verlustliste Nr. 561.
 Marine-Verlustliste Nr. 81.
 Bayerische Verlustliste Nr. 274.
 Württembergische Verlustlisten Nr. 405.
 Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.
 Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Täglich in Lübeck.

